

FAIRCONOMY

für eine Welt mit Zukunft



Vollbeschäftigung – um jeden Preis?

- Vollbeschäftigung zum Billiglohn
- Vollbeschäftigung oder Grundeinkommen?
- Das Armutszeugnis der Bundesrepublik

(Sinn-)voll beschäftigt ?

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die wichtigsten und besten Dinge im Leben tun wir nicht des Geldes wegen. Aber was ist, wenn uns das Geld gar daran hindert, diese Dinge zu tun? Wenn wir das, was unser Leben mit Sinn erfüllt, unterlassen, weil wir so beschäftigt damit sind, an Geld zu kommen?



Geld zu verdienen, ist in den reichen Ländern Deutschland, Österreich und Schweiz nicht so schwer, sollte man meinen. Doch für Deutschland beweisen die Besorgnis erregenden – obwohl noch geschönten – Zahlen des neuen Armuts- und Reichtumsberichts das Gegenteil (S. 3). Besonders Erwerbslose sind von Armut betroffen. Doch auch immer mehr Menschen, die Vollzeit beschäftigt sind, verdienen kaum genug zum Leben (S. 4).

Wir Geld- und Bodenreformer stellen uns seit jeher eine andere Art der Vollbeschäftigung vor (S. 6): eine unter der Voraussetzung, dass die Vormachtstellung des Kapitals gebrochen ist. Erst dann bekommen selbstbestimmt arbeitende Menschen den ihnen zustehenden vollen Ertrag ihrer Arbeit, den sie dann gern mit anderen teilen.

Trotz dieses berechtigten Ziels stellt sich heute auch für uns die Frage, ob Einkommen immer an Leistung gekoppelt sein muss (S. 8). Diese Frage hat sehr viele Gesichtspunkte, die Beachtung verdienen. In Zeiten, in denen wenige durch die Selbstvermehrung ihrer Vermögen unbegründete Ansprüche auf den „Wirtschaftskuchen“ geltend machen, wundert es

nicht, wenn andere wenigstens ein kleines Grundeinkommen fordern, um ihre Armut zu lindern (S. 9).

Ein anderer Gesichtspunkt ist die fortschreitende Technologisierung und (fast) menschenunabhängige Produktivität. In dem Film „Der Geist des Geldes“, der sich ausgezeichnet eignet, um mit Menschen über das Thema Geld ins Gespräch zu kommen (S. 11), wird berichtet, dass wir auf 50 Prozent der arbeitenden Bevölkerung verzichten können – ohne dadurch weniger zu produzieren. Aber die Menschen brauchen Geld, um die Produkte kaufen zu können.

Über den (Un-)Sinn so mancher technologischen Entwicklung und so manchen hergestellten Produkts lässt sich natürlich streiten. Hier könnten die Regionalwährungen hilfreich sein, um die Wirtschaft wieder bodenständiger und gleichzeitig lebendiger zu machen, indem sie an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet wird (S. 18).

Was wir dringend brauchen, sind Institutionen, die uns den Übergang zu einer Wirtschaftsweise ermöglichen, die dem Überverbrauch von Stoffen und Energie ein Ende setzt. Zu einer Lebensweise, in der nicht das Geld an sich unser Tun und Lassen bestimmt.

Wenn Sie die INWO hierbei unterstützen wollen, finden Sie wie immer viele Anregungen in der Heftmitte.

Einen schönen Sommer wünscht Ihnen

Beate Bodt

Inhalt

- 3** Das Armutszeugnis der Bundesrepublik
- 4** Vollbeschäftigung zum Billiglohn?
- 6** Vollbeschäftigung oder Grundeinkommen?
- 8** Einkommen muss Teilhabe sichern
- 9** Grundeinkommen in Namibia
- 10** Pressespiegel / FAIRCONOMY-Sommer Campus 2008
- 11** INWO Deutschland
- 14** INWO Schweiz
- 16** Termine / FAIRCONOMY Seminare und Vorträge
- 17** Bericht Birkenwerder-Tagung
- 19** Bericht Mündener Gespräche – Regionalwährungen
- 21** Buchvorstellung: „Der Geldkomplex“ u. „Wachstum, Wachstum über alles?“

Impressum

FAIRCONOMY 4. Jahrgang, Nr. 2 Juni 2008, ISSN 1860-9694
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion

Jens Hakenes (V.i.S.d.P.), Wera Wendnagel, Beate Bocking, Anne Gensior, Roland Stebler, E-Mail: Redaktion@INWO.de

Abo-E-Mail

Versand@INWO.de

Auflage

2.500 Exemplare; davon 1.250 als „r-evolution“ (INWO-CH)

Bildnachweis

Titelseite: PLATOON. cultural development, Zeichnungen: Eugen Kment | eugenartig.com, INWO-Materialien: SMARTI-d - Andreas Franke, Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage, 4: PLATOON. cultural development, 7: Bundesagentur für Arbeit, 18 und 20: Werner Onken, 19: Bürgerblüte Kassel.

Layout

Umbach-Design, Grafik & Mediengestaltung, Münster

Druck u. Versand

Druckhaus Klingenuß GmbH, Münster

Herausgeberin

INWO Deutschland e.V., Sambach 180, 96178 Pommersfelden, Telefon: +49 9502 924740, Fax: +49 9502 924810, E-Mail: INWO@INWO.de, <http://www.INWO.de>, Konto 6010451400, GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum (43060967), IBAN: DE 32430609676010451400, BIC: GENO DE M 1 GLS

Die FAIRCONOMY ist die Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam und informieren unsere Mitglieder. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapitalis-

tische Auswüchse. Voraussetzung für die FAIRCONOMY ist eine Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

Das Armutszeugnis der Bundesrepublik

Schockiert hat die deutsche Öffentlichkeit auf den neuen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung reagiert. Jeder achte Deutsche gilt als arm – ohne Sozialleistungen wäre es sogar jeder vierte. Doch selbst diese traurigen Zahlen sind offenbar geschönt und die aufgezeigten Auswege eher Sackgassen.

„Die Armut wird klein gerechnet“, sagt Professor Christoph Butterwege, Sozialwissenschaftler an der Universität Köln. Als arm gilt für die Bundesregierung, wer weniger als 60% des mittleren Einkommens erhält. Im Jahr 2005 waren das der offiziellen Statistik zufolge 781 Euro. Butterwege und der Deutsche Gewerkschaftsbund weisen darauf hin, dass die Armutsschwelle im vorherigen Bericht erstaunlicherweise bei 938 Euro, also knapp 17% mehr, lag.

Armut wird verharmlost

Der Sozialwissenschaftler neigt zu der Erklärung, dass der Bericht statistische Tricks nutzt, um die Lage schönzureden. Denn bei einer niedrigeren Armutsgrenze gebe es automatisch weniger Arme, sagte Butterwege der Berliner Zeitung. Ein Beispiel: Laut Entwurf des 3. Armuts- und Reichtumsberichts ist der Anteil der armen Kinder zwischen 2003 und 2005 von 15 auf 12% zurückgegangen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung geht dagegen von einem Anstieg auf deutlich höherem Niveau aus: von 23 auf 26%. Vorsichtige Schätzungen von Butterwege auf Grundlage von Zahlen der Bundesagentur für Arbeit vom März 2007 kommen ebenfalls zu anderen Ergebnissen, nämlich 25% oder 2,8 Millionen arme Kinder.

Im neuen Bericht geht es tatsächlich nicht ausschließlich um Armut. „Reichtumsaspekte“ werden jedoch in der 30-seitigen Zusammenfassung auf nur anderthalb Seiten abgehandelt, eingeleitet mit der Feststellung, dass die Regierung hier Forschungsdefizite abzubauen hat. Offenbar ist sie seit 2005 dabei nicht besonders weit gekommen, hat aber zumindest grundlegende Erkenntnisse festgehalten:

„Die gesellschaftliche Akzeptanz von Reichtum hängt stark davon ab, inwiefern es gelingt, die Umverteilungsmechanismen aus der Sicht der Bürger fair zu gestalten. Werden die Unterschiede zwischen Arm und Reich als zu groß und schwer überwindbar wahrgenommen, kann dies die Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft und der Demokratie in Frage stellen.“

Reichtum wird verschleiert

Die Autoren des Berichts scheinen in Sachen Wahrnehmung auf eine Verschleierungstaktik zu setzen. Der amtlichen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe entnehmen sie ein „umfassenderes Bild finanziellen Reichtums“ und vergessen dabei zu erwähnen, dass die Reichsten in dieser Stichprobe überhaupt nicht berücksichtigt werden. Dementsprechend gering erscheint der Unterschied zwischen denen, die als arm, und jenen, die als reich gelten, wie auch der Anteil Letzterer an der Gesamtbevölkerung. Laut Einkommensverteilung erhalten 6,4% der Deutschen monatlich mehr als 3.268 Euro netto und gelten damit als reich. Zum (nicht erwähnten) Vergleich: Schätzungsweise 112,5 Millionen Euro monatliches Einkommen verzeichnet Aldi-Gründer Karl Albrecht (27 Mrd. Euro Vermögen bei 5% Zinsen).

Bezeichnenderweise gibt es im Anschluss an das kurze Reichtums-Kapitel auch keine Aufzählung der diesbezüglich eingeleiteten und geplanten Maßnahmen. Aber immerhin: Zu Beginn des Berichts werden die Zinszahlungen des Bundes, die für 2008 mit über 40 Mrd. Euro veranschlagt werden, als Begründung für den begrenzten finanziellen Spielraum zur Armutsvermeidung genannt.



Dass man Armut vermeiden könnte, wenn man den vor allem durch Zinsen exponentiell wachsenden Reichtum vermeiden würde, bleibt unerwähnt.

Als Königs(aus)weg hat die Regierung nun die verstärkte Bildung erkoren, nachdem angeblich „Arbeitsanreize“ und „aktivierende Sozialpolitik“ mit dem jüngsten Aufschwung Wirkung zeigen. Konsequenterweise ist nicht mehr die Rede von der Schere zwischen Arm und Reich, sondern von der Bildungsschere, die zu schließen sei. Für eine noch „bessere wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit“ sollen nun vor allem die Qualifikationspotenziale ausgeschöpft werden: Wer gut ausgebildet ist, findet auch Arbeit und verringert dadurch sein Armutsrisiko – so die These.

Prof. Butterwege sieht den Ausweg Bildung allerdings faktisch versperrt. Er hält es für heuchlerisch, den Armen Bildung zu empfehlen und ihnen gleichzeitig die finanziellen Ressourcen zu verweigern. Fraglich ist auch der „Aufschwung“, den Kanzlerin Merkel und ihre Minister Monat für Monat feiern. Butterwege geht davon aus, dass die Armut auch nach 2005 weiter gestiegen ist. Denn mittlerweile arbeitet fast ein Viertel aller Beschäftigten im Niedriglohnsektor – und genau dort entstehen die meisten der viel gepriesenen neuen Arbeitsplätze, die trotz Vollzeitbeschäftigung nicht genug zum Leben einbringen.

Jens Hakenes

Vollbeschäftigung zum Billiglohn?

Mehr als jeder fünfte abhängig Beschäftigte gehört mittlerweile zu den Geringverdienern. Ein Ende der Talfahrt ist nicht in Sicht. Trotzdem kursiert aktuell das Zauberwort von der nahenden „Vollbeschäftigung“. Was für eine Art von Vollbeschäftigung wird da angestrebt? Müssen wir uns von der Idee der „guten Arbeit“ verabschieden?

Wer die aktuellen Diskussionen über die wirtschaftliche Lage und die Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt verfolgt, fühlt sich unweigerlich an einen Satz des kaum noch zitierfähigen Karl Marx erinnert. Denn nur die seinerzeit provokante Rede vom Sein, das mit seinen erdrückenden Tatsachenbefunden das Bewusstsein des Menschen bestimmt, vermag hinreichend zu erklären, warum die einen von Aufschwung und nahender Vollbeschäftigung reden, während die anderen keine klare Vorstellung mehr davon haben, wie sie trotz Fulltimejob auch nur einen bescheidenen Lebensunterhalt finanzieren sollen.

Nach der im April veröffentlichten Studie des Instituts für Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen arbeiteten im Jahr 2006 bereits 6,5 Millionen und damit 22 Prozent aller abhängig Beschäftigten zu so genannten Niedriglöhnen, die seit 2004 überdies kontinuierlich gesunken sind. Die durchschnittliche Bezahlung in diesem Bereich liegt nach Auskunft der Autoren Thorsten Kalina und Claudia Weinkopf in Westdeutschland derzeit bei 6,89 Euro, in den ostdeutschen Bundesländern bei 4,86 Euro.

Bei einer vierzigstündigen Wochenarbeitszeit ergibt sich so ein Monatslohn von gut 1.100 Euro beziehungsweise rund 800 Euro. Die Differenz ist marginal im Vergleich zum Unterschied, der Billiglohnempfänger und Spitzenverdiener voneinander trennt, beträgt zwischen Ost- und Westdeutschland aber immerhin mehr als 300 Euro.

Das Problem einer „Armut trotz Vollzeitarbeit“ ist seit vielen Jahren bekannt und für mehrere Branchen gut dokumentiert, entfaltet jetzt aber offenbar eine besondere Dynamik. Die Zahl der Beschäftigten mit Bruttostundenlöh-

nen von bis zu 5 Euro ist nach Erkenntnissen des IAQ von 1,5 Millionen im Jahre 2004 auf 1,9 Millionen im Jahre 2006 gestiegen. Weiterhin heißt es in der Studie:

„Offenbar wächst nicht nur der Umfang des Niedriglohnsektors in Deutschland, sondern es gibt auch deutliche Anzeichen dafür, dass sich das Lohnspektrum nach unten weiter ausdehnt.“

Mythos Vollbeschäftigung oder: „Wohlstand und Arbeit für alle“

„Wir halten am Ziel der Vollbeschäftigung fest. Arbeit bedeutet Teilhabe, gesellschaftliche Anerkennung und persönliche Selbstverwirklichung“, erklärten die Sozialdemokraten Anfang des Jahres per Beschluss des SPD-Parteivorstandes. Einen Monat später hielt Olaf Scholz dieses Ziel bereits für „erreichbar“. „Ich möchte, dass kein Bürger im Land länger als ein Jahr arbeitslos ist“, gab der Bundesarbeitsminister zu Protokoll. Und Mitte April wurde der Aufruf des SPD-Präsidiums zum 1. Mai unter dem Motto „Vollbeschäftigung ist möglich“ veröffentlicht.

Auch für den aktuellen Regierungspartner gehört die Vollbeschäftigung zu den „Kernzielen der Sozialen Marktwirtschaft“, die da lauten: „Wohlstand und Arbeit für alle“. Die Christdemokraten machen allerdings keinen Hehl daraus, dass die Bereinigung der Arbeitslosenstatistik darüber hinaus zu einer „Korrektur“ des Parteienspektrums führen soll: „Nimmt die Arbeitslosigkeit in Deutschland weiter ab und nähern wir uns dem Ziel der Vollbeschäftigung, dann wird die Linke sowieso ein Übergangsphänomen bleiben“, so CDU-Generalsekretär Roland Pofalla.



In einem wesentlichen Punkt unterscheiden sich die Koalitionspartner allerdings. Die SPD plädiert für einen flächendeckenden und branchenübergreifenden Mindestlohn, den die CDU mit deutlicher Mehrheit ablehnt. Die Christdemokraten wollen stattdessen weiter Beschäftigungsimpulse setzen, etwa durch die Ausdehnung des Zeitarbeitssektors, und die Frage der Entlohnung den Tarifparteien überlassen.

Deregulierung, Outsourcing und Lohnabschläge

Das Problem ist nur: Die abhängig Beschäftigten können in vielen Bereichen keine Interessenvertretung mehr aufbieten und müssen sich allein an den Angeboten der Arbeitgeber orientieren. Überdies hat der Europäische Gerichtshof der öffentlichen Hand jüngst untersagt, die Vergabe von Aufträgen zwingend an die Einhaltung von Tarifverträgen zu koppeln.

Folgerichtig wächst der Anteil der Billiglöhne vor allem in den Branchen, in denen das Lohnniveau ohnehin schon unterdurchschnittlich niedrig ist. Durch die von der Politik beschlossene und schnell umgesetzte Deregulierung der Zeitarbeit, intensives Outsourcing und häufige Lohnabschläge bei Minijobs dürfte sich der Abwärtstrend auch in naher Zukunft weiter fortsetzen.

Die IAQ-Studie beleuchtet in diesem Zusammenhang einen bislang wenig beachteten Aspekt. Die Ausdehnung des Niedriglohnbereichs, in dem übrigens immer mehr Beschäftigte mit abgeschlossener Berufsausbildung (1995: 58,6 Prozent - 2006: 67,5 Prozent) arbeiten, zieht auch langjährige, feste und tariflich abgesicherte Arbeitsverhältnisse in Mitleidenschaft.

„Durch billigere Minijobber/innen, aber auch Zeitarbeitskräfte und die Möglichkeit des Outsourcings von Tätigkeiten in Bereiche ohne Tarifbindung oder mit niedrigen Tariflöhnen ist das Lohngefüge am unteren Rand des Lohnspektrums erheblich unter Druck geraten. Um Arbeitsplätze im Betrieb zu halten oder zurückzugewinnen, sehen sich Gewerkschaften und Betriebsräte häufig gezwungen, der Streichung von Zuschlägen, der Verlängerung von Arbeitszeiten oder der Kürzung von Löhnen zuzustimmen“, heißt es.

Internationale Vergleiche

Nach den Berechnungen von Kalina und Weinkopf weist Deutschland mittlerweile den höchsten Niedriglohnanteil unter den kontinental-europäischen Ländern auf und hält Kurs auf Großbritannien und die Vereinigten Staaten, für die ein Wert von rund 25 Prozent angenommen wird. Der Niedriglohnsektor wurde in den vergangenen Jahren in keinem Land so stark ausgebaut wie in Deutschland. Auch die Absenkung der Löhne ist vergleichsweise beispiellos. Kalina und Weinkopf führen diese Entwicklung auf den Umstand zurück, dass in vielen anderen europäischen Ländern bereits gesetzliche Mindestlöhne zwischen 8 und 9 Euro eingeführt oder entsprechende Vereinbarungen zwischen den Tarifparteien getroffen wurden.

Arbeit um jeden Preis

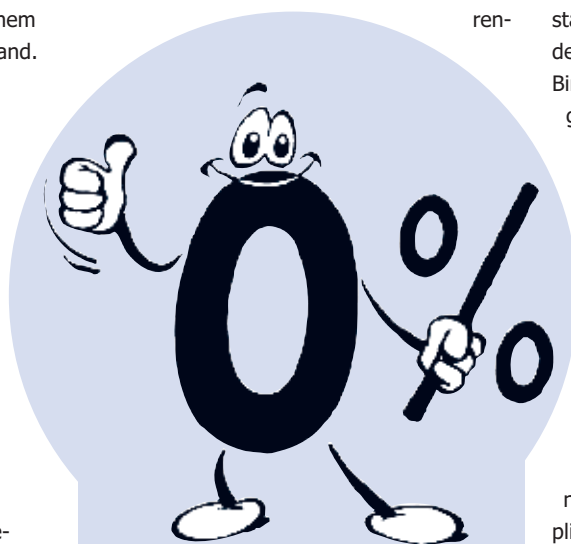
Wer all diese Zahlen unvoreingenommen betrachtet, muss feststellen, dass unter den momentanen Umständen eine Vollbeschäftigung nur dann erreicht werden kann, wenn sich die Beschäftigten von der Idee der „guten Arbeit“ im Sinne einer erfüllenden, persönlichkeitsbildenden und angemessen bezahlten Beschäftigung weitgehend verabschieden. Nach Erkenntnissen des Deutschen Gewerkschaftsbundes haben die meisten das ohnehin schon getan - und zwar auch dann, wenn sie mit dem Billiglohnbereich (noch) nicht konfrontiert werden.

„Glaubt man dem DGB-Index 2007, empfinden nur 12 Prozent ihre Tätigkeit als ‚gute Arbeit‘. 34 Prozent sprechen explizit von ‚schlechter Arbeit‘ und 54 Prozent sind der Meinung, dass sie ihr Geld unter mittelmäßigen Arbeits- und Einkommensbedingungen verdienen.“

Die „Initiative Neue Qualität der Arbeit“, die von Bund, Ländern, Sozialpartnern, Sozialversicherungsträgern, Stiftungen und Unter-

nehmen unterstützt wird, beurteilt die Lage in einer aktuellen Broschüre grundsätzlich positiver, hat hinsichtlich der namensstiftenden „Qualität der Arbeit“ aber ebenfalls noch zahlreiche Defizite ausgemacht: „In Bezug auf die Unternehmenskultur und das Mitarbeiterengagement besteht vielerorts Handlungsbedarf. Dass gehandelt werden muss, ist dabei umso offensichtlicher, seit der Zusammenhang zwischen Engagement und Unternehmenserfolg wissenschaftlich nachgewiesen werden konnte.“

Bis sich auch die Billiglohnempfänger über solche Feinheiten Gedanken machen können, wird noch viel Zeit vergehen. Und so lange sind sie die großen Verlierer des so genannten Wirtschaftsaufschwungs, glaubt Rudolf Hickel, Leiter des Instituts Arbeit und Wirtschaft an der Universität Bremen. Der streitbare Professor hält „Arbeit um jeden Preis“ für das dominieren-



Deutschland muss die Null schaffen – beim Zins-Niveau!

Wie können wir statt der Ausbreitung von Armutslöhnen Vollbeschäftigung mit angemessener Bezahlung und in sicheren Arbeitsverhältnissen erreichen? Die im Artikel genannten Lösungsvorschläge von Rudolf Hickel sind aus Sicht der INWO nicht ausreichend und in den derzeitigen Verhältnissen auch kaum realisierbar. Solange wir in einem System leben, in dem die Ansprüche des Kapitals vor denen der Beschäftigten bedient werden, wird sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffnen. Die FAIRCONOMY will das Geld entmachten, es durch Angebotsdruck zum Fließen bringen. Nur dann wird die Vermögens- und Schuldenexpansion gestoppt. Nur dann kann das Geld endlich dahin fließen, wo es sich nicht vermehren muss, aber gebraucht wird.

de Prinzip einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die sich von „tariflich abgesicherter und damit angemessen bezahlter Vollzeit-Vollbeschäftigung“ verabschiedet hat.

„Der Anteil der Vollzeitbeschäftigten sank von 1985 mit 67 Prozent auf 58 Prozent im Jahr 2005 und das Gewicht der unregelmäßigen oder geringfügig Beschäftigten hat zugenommen. Dieser Umbau dient der Durchsetzung von Entlohnungsverlusten früher Vollbeschäftigter. Insoweit hat sich die Massenarbeitslosigkeit für nutznießende Unternehmen ausgezahlt“, so Hickel.

Für vollwertige Vollbeschäftigung

Hickel plädiert in dieser prekären Lage für eine „Reregulierung“ der Arbeitsmärkte. Für eine aktive Politik für vollwertige Vollbeschäftigung müssten die Arbeitsmärkte per starkem Tarifvertragssystem und flächendeckendem Mindestlohn rereguliert und die Binnenwirtschaft durch expansive Lohnpolitik gestärkt werden. Die Finanzpolitik müsste Produktion und Beschäftigung durch öffentliche Investitionen für künftige Generationen stärken. Hinzukommen muss nach Hickels Meinung eine Politik der Arbeitszeitverkürzung, die Jobverluste durch Rationalisierungen in Unternehmen auffängt.

Hickels Vorschläge vertragen sich kaum mit dem Bestreben einer langfristigen Haushaltskonsolidierung. Bis 2011 will Finanzminister Peer Steinbrück Ausgabendisziplin üben und ein Ende der Neuverschuldung erreichen. Ob sein Motto „Deutschland schafft die Null“ dann tatsächlich nur für die Staatsfinanzen oder auch gleich für die Lohnentwicklung gilt, bleibt abzuwarten.



Dr. Thorsten Stegemann, arbeitet seit Mitte der 90er Jahre als Journalist. Er war u. a. für SPIEGEL Online, FOCUS Online, die Kieler Nachrichten und den Mannheimer Morgen tätig. Heute arbeitet er im Bereich Printmedien schwerpunktmäßig für den Rheinischen Merkur, die Westdeutsche Zeitung, die taz und die Deutsche Presse-Agentur. Im Online-Magazin Telepolis hat er seit 2001 mehr als 350 umfangreiche Artikel zu Themen aus Kultur, Politik und Gesellschaft veröffentlicht.

Die Langfassung dieses Artikels erschien erstmals im Internet bei Telepolis: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/27/27778/1.html>. Der Report des Instituts für Arbeit und Qualifikation ist abrufbar unter: <http://www.iaq.uni-due.de/iaq-report/2008/report2008-01.pdf>

Vollbeschäftigung oder Grundeinkommen?

Bis vor kurzem wurde Vollbeschäftigung als wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Ziel nicht mehr öffentlich diskutiert. Bei anhaltender Massenarbeitslosigkeit stießen stattdessen Vorschläge eines bedingungslosen Grundeinkommens auf immer mehr Interesse. Ist Vollbeschäftigung heute kein vorrangiges Ziel mehr?

In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 lautet Artikel 23 Absatz 1: „Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit.“ Und Absatz 3: „Jeder, der arbeitet, hat das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert, gegebenenfalls ergänzt durch andere soziale Schutzmaßnahmen.“

Das menschenrechtliche Konzept der Vollbeschäftigung wurde in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts von Befürwortern fortgeschrieben, es ist auch eine der zentralen Forderungen der Gewerkschaften. Im Rahmen einer Untersuchung von drei US-WissenschaftlerInnen haben in jüngster Zeit fünfzig befragte Fachleute in Europa, USA, Australien und Kanada, die bis dato als Befürworter von Vollbeschäftigung bekannt waren, Stellung bezogen u. a. zur Definition sowie zu Fragen der gesellschaftlichen Priorität und der Erreichbarkeit von Vollbeschäftigung (Gertrude S. Goldberg, Helen L. Ginsburg und Philip Harvey: Was meinen wir mit Vollbeschäftigung? In: Günter Krause (Hrsg.): Keynes als Alternative(r)? Argumente für eine gerechtere Wirtschaft. Schriften-Reihe der RLS, Bd. 14, 2007). Das Wesentliche der unterschiedlichen Antworten zu diesen drei Punkten wird im Folgenden kurz zusammengefasst.

Definitionen

- Vollbeschäftigung ist gegeben, wenn jeder, der will, einen Job bekommen kann;
- Einbezogen werden meistens folgende

Kriterien: Arbeitsbedingungen, Geschlechtergerechtigkeit, soziale Sicherung, Arbeitssicherheit, sozialer Dialog;

- Vollbeschäftigung soll auch faire, Existenzsichernde Löhne und soziale Sicherung für Familien beinhalten;
- Vollbeschäftigung ist erreicht, wenn die Arbeitslosenquote nur ein bis zwei Prozent beträgt.

Gesellschaftliche Priorität

Fast alle Befragten bewerten Vollbeschäftigung als eines der obersten gesellschaftlichen Ziele und halten sie für vereinbar mit Umweltschutz. Sie habe zentrale Bedeutung, weil sie andere Ziele erreichbar mache oder mit anderen wichtigen Prioritäten verknüpft sei. Entsprechend wird Arbeitslosigkeit als Verschwendung betrachtet.

„Arbeit ist nicht nur als Einkommensquelle zu sehen, sondern als ein Ort, an dem Menschen mit anderen Menschen verbunden sind, an dem sie sich als Teil der Gesellschaft fühlen können.“

Insofern wird Vollbeschäftigung vor allem als eine „soziale Frage“ aufgefasst. „Gute Arbeit ist ein wichtiger Faktor für das materielle, soziale und psychische Wohlergehen jedes Individuums. Vollbeschäftigung schöpft vollständig das kreative und produktive Potential der Gesellschaft aus und wirkt positiv auf die öffentlichen Haushalte. Vollbeschäftigung ist auch ein Faktor demokratischer Stabilität... Erwerbslosigkeit trägt zu politischer Instabilität bei, da sie Fremdenfeindlichkeit schürt, die extreme Rechte und sogar faschistische Strömungen stärkt.“

Eine der Stellungnahmen hält Vollbeschäftigung für sehr wichtig als Voraussetzung für gleiche Kampfbedingungen zwischen Arbeit und Kapital. Die drei AutorInnen selber sehen Vollbeschäftigung als zentralen Bestandteil eines Staates, der die Bezeichnung Wohlfahrtsstaat im weitesten Sinne verdient. In dem Zusammenhang wird Sir William H. Beveridge (1876-1969) zitiert. Für den britischen Ökonomen, der als einer der Väter des Wohlfahrtsstaates gilt, war die Aufrechterhaltung der Beschäftigung wichtiger als Einkommensunterstützung. Einem Erwerbslosen, der keine Arbeit fände, so Beveridge, werde gesagt, dass er von keinem Nutzen sei. Und das sei eine persönliche Katastrophe, selbst wenn angemessene Arbeitslosenunterstützung gewährt werde. Auch Amartya Sen (1998 Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften) sieht Einkommensunterstützung nicht als Ersatz für Beschäftigung an.

Ist Vollbeschäftigung erreichbar?

Antworten auf diese Frage sind unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Definitionen zu bewerten. Verneinende Stellungnahmen nennen folgende Gründe:

- Technologische Innovation;
- Machtlosigkeit der ArbeiterInnenschaft;
- Reale oder dauerhafte Vollbeschäftigung ist mit Kapitalismus unvereinbar;
- In einer kapitalistischen Ökonomie wird es immer Opposition geben, da die Kapitalisten fürchten, dass sie die Macht der Beschäftigten stärkt, zu schnelleren Lohnerhöhungen führt und daher die Profite beschneidet. Alles unterhalb von drei Prozent Arbeitslosigkeit ist unrealistisch.

Überwiegend wird die Frage der Erreichbarkeit von den Befragten jedoch bejaht, unter der Voraussetzung, dass einige Voraussetzungen erfüllt werden, zum Beispiel: Steuer- und arbeitspolitische Maßnahmen, Wachstum fördernde und öffentliche Investitionsprogramme, Ausbau des Öffentlichen Dienstes (z. B. Gesundheits- und Bildungsbereich), Arbeitszeitverkürzung, Rücknahme von Privatisierungen, demokratische Kontrolle über einige finanzkräftige und produktive globale Konzerne.

Vollbeschäftigung ohne Wohlfahrtsstaat

Die Ergebnisse der Untersuchung der drei US-WissenschaftlerInnen sprechen zwar für eine Bevorzugung von Vollbeschäftigung gegenüber Einkommensunterstützung, führen aber über das übliche wohlfahrtsstaatliche Denken nicht hinaus. Konzepte, die ohne wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen und Maßnahmen Vollbeschäftigung anstreben, haben dort keinen Niederschlag gefunden.

Silvio Gesell zum Beispiel wollte durch eine Reform im Geldwesen, die eine Lösung des Bodenproblems voraussetzt, die Vormachtstellung des Geldkapitals überwinden und durch entsprechende Entwicklung von Angebot und Nachfrage Kapitaleinkommen marktwirtschaftlich schrumpfen lassen. Er war davon überzeugt, dass auf diesem Wege jedem Arbeitswilligen Arbeit und der volle Arbeitsertrag gewährleistet werden können. Gesell sprach auch von einem „Recht auf Arbeit“. Dabei setzte er durchaus Flexibilität der Menschen voraus, denn nicht jede Arbeit werde gebraucht; manche müssten unter Umständen eben einen anderen Beruf erlernen.

„Heute wären im Zuge des technischen Fortschritts weitere Arbeitszeitverkürzungen möglich. Nach einer Geldreform könnten die Beschäftigten dabei aber dennoch Existenz sichernde Entlohnung erwarten.“

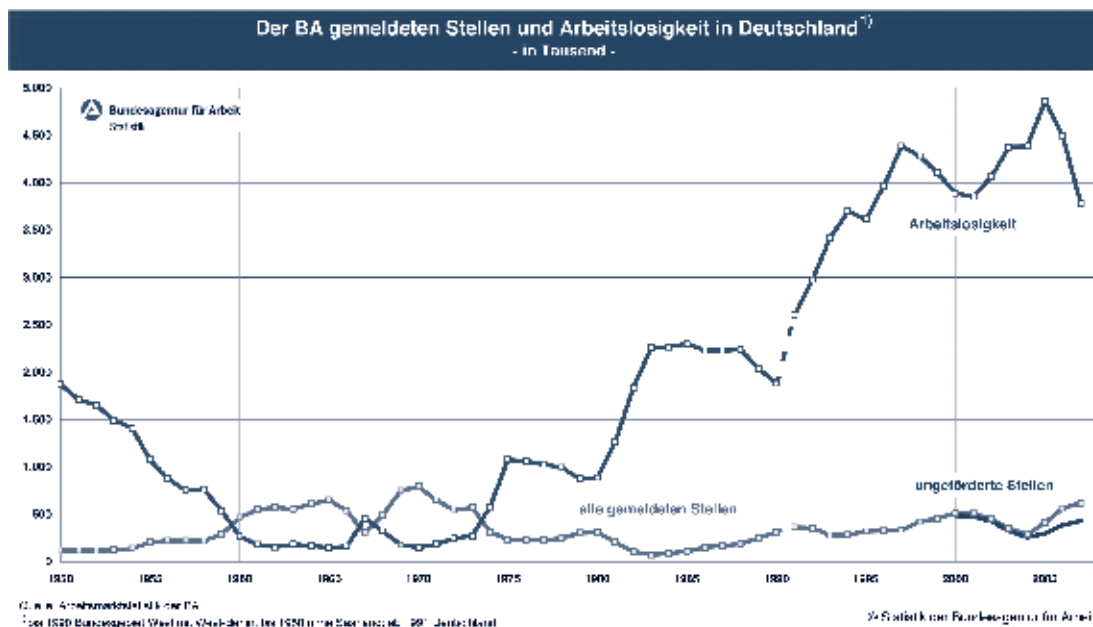
Unabhängig von der Höhe des Zinsniveaus fließendes Geld lässt auf einem wirklich freien Markt – wie er heute vor allem aufgrund der monopolistischen Geld- und Bodenordnung eben noch nicht besteht – eine Veränderung der Verhältnisse von Angebot und Nachfrage dahingehend zu, dass die Zinsen allmählich gegen null sinken. Das kommt den Arbeits-einkommen zugute, und der Schaffung neuer

Arbeitsplätze, die bis dahin wegen der Kapitalkosten zu teuer waren.

Bedenkt man Gesells Hinweis, dass der Kapitalzins eine internationale Größe ist und nicht einseitig für einen einzelnen Staat beseitigt werden kann, drängt sich für den Euroraum der Gedanke auf, dass nicht **mehr** Kapital dieses Gebiet verlassen dürfte, als hineinströmt. Diese Vorstellung ist nicht

Sozial gerechte Rahmenbedingungen

Vollbeschäftigung ist seit jeher ein Hauptanliegen der Freiwirtschaftsbewegung. Es ist zu verstehen im Zusammenhang mit ihrer grundsätzlichen Zielsetzung: Ausgehend vom Leitbild eines selbstverantwortlichen, freien Menschen in einer freien Demokratie, weg



völlig unrealistisch, hat sich doch die EU im Vertrag von Maastricht die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen vorbehalten. Denkt man über den Euroraum hinaus, muss hier der Hinweis genügen auf Gesells Idee eines Weltwährungsvereins (Internationale Valuta-Assoziation) und auf einen Vorschlag von J. M. Keynes zur Schaffung einer internationalen Währungseinheit und Erhebung von Negativzinsen im Falle der Zurückhaltung von Liquidität (Keynes-Plan von 1943/44).

Gesells Ablehnung eines Wohlfahrtsstaates muss selbstverständlich nicht bedeuten, dass es keine Gemeinschaftsregelungen für Menschen geben sollte, die sich selbst nicht helfen können, und wenn bestehende Hilfs-einrichtungen nicht ausreichen. Und um einer Fehlinterpretation vorzubeugen: Eine Verteilung der Bodenrente an die Mütter nach Zahl der Kinder, wie Gesell es vorgeschlagen hat, ist als Lohn für geleistete Arbeit zu sehen, nämlich für die Pflege und Erziehung der Kinder – und nicht als bedingungsloses Grundeinkommen. Verteilung der Bodenrente auf alle Bürger hingegen könnte als Gewährung eines kleinen Grundeinkommens gelten, das allerdings für den Lebensunterhalt bei weitem nicht ausreichen würde und insofern die Bezeichnung Grundeinkommen, wie es heute gemeint ist, nicht verdient.

von der Bittstellerrolle, von der Abhängigkeit von behördlichen, staatlichen Wohltaten, von der im Zuge vermehrter wohlfahrtsstaatlicher Einrichtungen wachsenden Gefahr der Entwicklung eines Staatssozialismus und eines autoritären Staates. Stattdessen hin zu einem selbststeuernden System mit Chancengleichheit, mit fairem freien Wettbewerb. Das kann erreicht werden durch bessere Rahmenbedingungen, durch eine sozial gerechte Rahmenrechtsordnung, durch einen grundlegenden Strukturwandel bis in die Fundamente Boden und Kapital hinein – in signifikantem Unterschied zur bisherigen Sozialen Marktwirtschaft und zum heutigen Neoliberalismus sowie zu sozialdarwinistischen Prinzipien, die jegliche Änderung des Status quo ablehnen.

„Ein Grundeinkommen kann die individuellen und gesellschaftlichen Vorteile von Vollbeschäftigung nicht ersetzen. Arbeit für alle sollte daher als vorrangiges Ziel wieder mehr Beachtung finden.“



Josef Hüwe, Jg. 1938, berufliches Fachgebiet Sozialversicherung. Seit 1960 befasst mit Grundfragen der Volkswirtschaft inkl. Freiwirtschaft. INWO-Mitglied.

Einkommen muss Teilhabe sichern

Welche Leistung wird bisher in unserer Gesellschaft belohnt? Und welche Entwicklung wollen wir in Zukunft mit welchen Mitteln finanzieren? Gemeinsam können die Ideen der Reform der Geld- und Bodenordnung und die Grundeinkommensidee eine politische Dynamik entfalten.

In Diskussionen über das bedingungslose Grundeinkommen wird häufig als Kritik die Entkopplung von Arbeit und Einkommen, die aus der Bedingungslosigkeit resultiert, angeführt. Zu bedenken ist dabei, dass bereits in der bestehenden so genannten „Leistungsgesellschaft“ Arbeit und Einkommen oftmals voneinander getrennt sind: Zum einen wird unendlich viel Arbeit ohne Einkommen, ohne Gegenleistung und mit minimaler sozialer Absicherung verrichtet.

Es ist dies insbesondere die Pflegearbeit an den jüngsten und ältesten und auch den kranken Mitgliedern unserer Gesellschaft. Es ist die ehrenamtliche Arbeit, die in vielen sozialen Bereichen, zum Beispiel bei der Integration von Migrantinnen und Migranten, im weitesten Sinne zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft und zum Erhalt der Demokratie geleistet wird.

Zum anderen fließen zunehmende Einkommensströme ausschließlich aufgrund des Eigentums an Vermögen, allein aufgrund des Eigentumstitels – und ganz ohne eigene Leistung. Für Pachteinahmen aus Bodeneigentum und Zinseinkünfte aus Geldvermögen ist dies offenbar. Für Gewinne aufgrund von Aktienvermögen, von Devisengeschäften, Fondsanteilen wird dies immer drastischer deutlich.

Was sind die Ziele?

Es ergeben sich noch ganz andere Fragen: Wie definieren wir Leistung, die ja im Begriff der Arbeit inhärent ist? Ist die (Wieder-) Verkopplung von Arbeit bzw. Leistung und Einkommen wirklich das Ziel, oder eher eine Methode zur Erreichung von Zielen? Was sind dann die Ziele?

Die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die gleiche Teilhabe aller Menschen daran muss sicher ein Ziel sein. Ein weiteres Ziel muss die soziale und politische Partizipation aller Menschen an den Gemeinwesen sein. Alle Methoden – rückverteilte Ressourcenabgaben, Reform der Bodenordnung, „fließendes“ Geld, Grundeinkommen – müssen sich daran messen lassen, wie sie die Erreichung dieser Ziele ermöglichen bzw. ob sie sich gegenseitig behindern oder nicht.

„Egal ob Geld- und Bodenreform oder Grundeinkommen. Alle Methoden müssen sich daran messen lassen, ob sie dem Ziel, der Teilhabe aller an den natürlichen Lebensgrundlagen sowie am gesellschaftlichen Leben, dienlich sind.“

Umweltschutz ist eine Leistung

Im Hinblick auf den Leistungsbegriff und den Schutz der Naturressourcen liegt es nahe, ein Verhalten als Leistung zu bezeichnen und mit Einkommen auszustatten, das diesen Schutz besonders nachhaltig gewährleistet. Genau dieser Gedanke wird in der Erhebung und Pro-Kopf-Ausschüttung der Ressourcenabgaben realisiert (siehe Kasten).

Mögliche Entwicklungen als Folge einer entschlossen durchgesetzten Ressourcenbesteuerung, auch auf die Regionalentwicklung, sind im Detail noch zu untersuchen. Durch die induzierte stärkere Nachfrage nach reparaturfreundlichen Produkten und nach deren Wiederinstandsetzung – der Ressourceneinsatz ist so geringer, der Aufwand an menschlicher Arbeitskraft dagegen größer – könnte z. B. Erwerbsarbeit in ganz anderer, sehr viel mehr Sinn stiftender Weise wieder aufblühen.

Ungerechte Einkommen überwinden

Gleichzeitig ist das ressourcengestützte Grundeinkommen ein Konzept zur Abschöpfung und Rückverteilung natürlicher Monopolrenten (Einkommen, die der Eigentümer eines Wirtschaftsgutes allein aufgrund der



Grundeinkommen und Umweltschutz

Der Schutz der Umwelt kann durchaus als eine Leistung betrachtet werden, die Belohnung verdient. Umweltverschmutzung und Ressourcenverbrauch sollen dagegen durch Ökosteuern und -abgaben eingedämmt werden. Bei einer Auszahlung dieser Gelder als Grundeinkommen wird für jeden Menschen eine kostenfreie Durchschnittsnutzung unserer Lebensgrundlagen sichergestellt. So wird Umweltschutz endlich für jeden attraktiv!

In den vielen Diskussionen zum Grundeinkommen sollte der ökologische Aspekt mitbedacht werden. Helfen Sie deshalb mit, unsere Vorschläge zu verbreiten! Der INWO-Standpunkt 3 (4 DIN A4-Seiten) ist beim INWO-Versand erhältlich. Einzelpreis 0,50 Euro, 10 Stück inkl. Porto: 4 Euro. Bestellbar per E-Mail an Versand@INWO.de, unter <http://www.INWO.de/Shop> oder mit den Kontaktdaten auf Seite 2.

Knappheit dieses Gutes erzielt). Ähnlich zielt die Geldreform darauf, die „Pseudo-Knappheit“ des Geldes und die daraus resultierende „Monopolrente“, den Zins, sanft verschwinden zu lassen. Beides bezweckt also die Überwindung leistungsloser Vermögenseinkünfte und erleichtert so – direkt durch Rückverteilung und indirekt durch eine andere ökonomische Dynamik – die Teilhabe der Menschen am Gemeinwesen.

Art der Finanzierung des Grundeinkommens entscheidend

Auch das Grundeinkommen will soziale und politische Teilhabe in Würde ermöglichen. Es adressiert die gegenwärtige Verschärfung des Ausschlusses von Arbeitseinkommen. Es zielt also methodisch anders in die gleiche Richtung wie die Gedanken der FAIRCO-NOMY. Christoph Strawe bemerkt dazu in seinen Überlegungen zur Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens, es wäre „dogmatisch, die Notwendigkeit einer Reform der Geld- und Bodenordnung gegen die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen auszuspielen“ (in: Götz Werner und André Presse (Hrsg.), Grundeinkommen und Konsumsteuer, Karlsruhe 2007, S. 133).

Die Frage der Finanzierung ist grundlegend für die Qualität eines Grundeinkommens, und selbstredend ist dies kompliziert. Trotz dieser Komplexität gibt es aber bereits durchgerechnete Modellvarianten sowohl vom Netzwerk Grundeinkommen als auch von der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB), die man auf den Internetseiten <http://www.grundeinkommen.info> und <http://www.archiv-grundeinkommen.de> sowie <http://www.kirche-im-bistum-aachen.de> findet.

Gemeinsame Dynamik entfalten

Könnte ein Grundeinkommen, gemeinsam finanziert durch gezielte Ressourcenbesteuerung, durch allgemeine Verbrauchssteuern (Vorschlag von Götz Werner) und Anhebung „traditioneller“ Steuern wie Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Börsenumsatzsteuer u. ä., politisch vielleicht eher realisierbar sein als die „Geldreform“?

Eine Kombination beider Ansätze – freiwirtschaftliche Reform der Geldordnung und Grundeinkommen – ist zudem in Form von Komplementärwährungsprojekten denkbar. Wie könnten sehr konkret Regiogeldinitiativen, die fließendes Geld modellhaft vorbereiten und erproben, eine Art von Grundeinkommen an die Teilnehmenden auszahlen?

Jedenfalls sind das Grundeinkommen, das so grundlegend eine Begegnung von Menschen in Freiheit und Würde ermöglicht und Selbstorganisation befördert, sowie ein „fließendes Geld“, das den freien Austausch zwischen den Menschen ermöglicht, ohne ein Herrschaftsinstrument zu sein, zwei Reformprojekte, die sich gegenseitig bereichern und befördern. Gemeinsam können sie große politische Dynamik entfalten. Das hindert uns aber nicht daran, weiterhin darüber aufzuklären, welche Mechanismen das Wachsen der wenigen großen Vermögen hervorrufen. Dadurch werden die vielen, die wenig besitzen, zwangsläufig ärmer.



Alwine Schreiber-Martens, Dipl.-Math., vier Kinder, ehem. wissenschaftliche Mitarbeiterin Fachhochschule Köln. Gewerkschaftsmitglied, Beisitzerin im Vorstand der INWO Deutschland.



Grundeinkommen in Namibia

Namibia, mit dem uns dunkle Kapitel der deutschen Kolonialgeschichte verbinden, ist das Land mit der weltweit größten Einkommensungleichheit. Über ein Drittel der Bürger sind extrem arm und müssen mit weniger als 1 US-Dollar am Tag auskommen. Die Arbeitslosigkeit ist extrem hoch, vor allem bei den Jugendlichen.

Seit 2003 wird darüber nachgedacht, ein bedingungsloses Grundeinkommen zur Armutsbekämpfung einzusetzen. Ursprünglich kam dieser Vorschlag von einer staatlichen Kommission und wurde dann von der namibischen Evangelisch-Lutherischen Kirche (ELCRN) aufgegriffen, die ein breites gesellschaftliches Bündnis für das „Basic Income Grant“ (BIG) initiieren konnte.

Um zu beweisen, dass ein solches Grundeinkommen Früchte trägt, ist im Januar ein aus Spendengeldern finanziertes Pilotprojekt in dem Ort Omitara angelaufen. Über zwei Jahre wird erprobt, ob das BIG hilft, die Lebenssituation der rund 1.000 Einwohner zu verbessern.

Die BIG-Koalition wünscht sich, dass danach alle Bürger Namibias unter 60 Jahre monatlich 100 Namibische Dollar ausgezahlt bekommen. Die umgerechnet knapp 11 Euro Grundeinkommen reichen zwar nicht zum Leben, könnten aber – je nach Verwendung – viel Positives bewirken. Das BIG würde rund 3% des Bruttoinlandsproduktes kosten. Höhere Einkommens- und Luxussteuern könnten die Finanzierung erleichtern.

Der IWF hält den Vorschlag trotzdem für unbezahlbar. „Der IWF hat schlicht Angst, dass selbst ein maßvolles Umverteilungsprogramm die gegenwärtige globale Wirtschaftsordnung in Frage stellt. Wir können diese Auseinandersetzung nur gewinnen, wenn wir effektiv und öffentlich diese böse Ideologie und diese Unehrlichkeit entlarven können, die nur die Interessen weniger Reicher vertritt“, so W. N. Diergaardt, ein Vertreter der ELCRN, bei einem Deutschlandbesuch im Januar. Vor diesem Hintergrund sei die finanzielle Unterstützung durch die Evangelische Kirche im Rheinland „ein machtvoller Widerspruch gegen das vorherrschende ungerechte Wirtschaftssystem.“

Weitere Informationen finden sich u. a. auf der englischsprachigen Internetseite der BIG-Koalition: <http://www.bignam.org>.

Pressespiegel

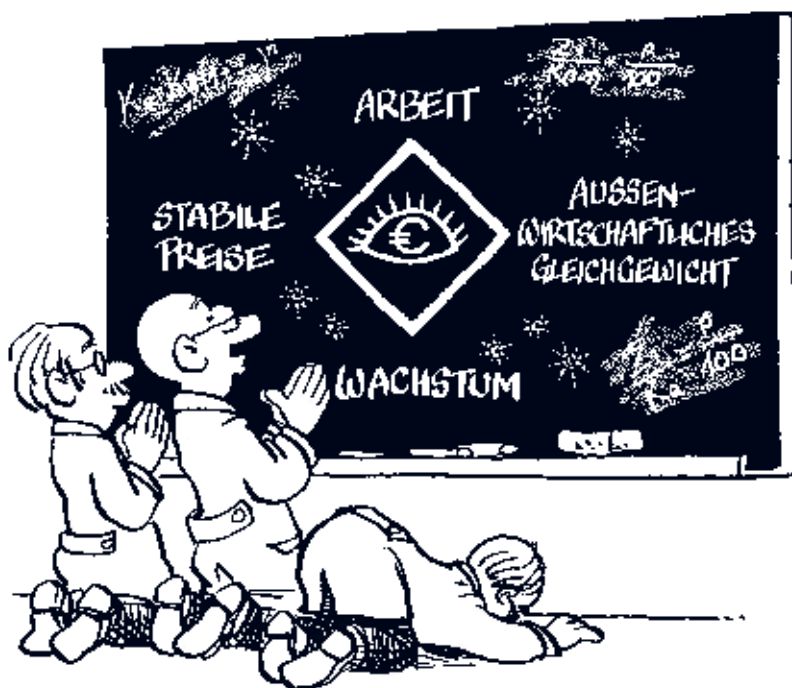
Viel Kritik musste Bundespräsident Köhler einstecken, nachdem er die Finanzmärkte als „Monster“ bezeichnet hatte. Nun bekommt er prominente und sachkundige Unterstützung: vom Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), berichtet die **Berliner Zeitung** am 21.05.2008. „‘Es ist so, dass sich die Finanzwirtschaft von der Realwirtschaft abgekoppelt hat’, sagte Heinrich Haasis. Teile des Finanzsystems hätten nichts mehr mit der klassischen Produktion von Industrie und Gewerbe zu tun.“ Was Deutsche Bank-Chef Ackermann nach der Köhler-Kritik zurückgewiesen hatte, unterstreicht Haasis noch deutlicher: „Haasis sagte dagegen, dass die Aufgabe der Banken, Wirtschaftsunternehmen und ihre Investitionen zu finanzieren, in ‘viereinhalb Tagen’ abgewickelt werden könnte. Während des restlichen Jahres gehe es dann um Finanzgeschäfte. Haasis: ‘Es wird nur noch Geld gegen Geld gehandelt.’“ Was bei den Immobilienkrediten zur Finanzkrise geführt habe, zeichne sich nun auch für Konsumentenkredite ab, so der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes.

Unter der Überschrift „Reich gerechnet“ hat der **Stern** am 14.02.2008 einen Leserbrief von Helmut Creutz veröffentlicht - mit der Ergänzung „Wirtschaftsanalytiker und Buchautor, setzt sich seit Jahren kritisch mit dem Thema Geldpolitik auseinander“. Anlass waren die Artikel „Wem gehört Deutschland? - ein Bestandsreport“ und „Wie wird man Millionär? - Anleitung zum Reichwerden“ im Stern Nr. 6/2008. „Das ‘wundersame Wirken des Zinseszins’ hat einen Haken: Auch Zinsen müssen wir erst einmal bezahlen, im Durchschnitt mit jedem ausgegebenen Euro rund 40 Cent, bei jedem Miet-Euro sogar 60 bis 80 Cent. Doch bei der Wiederaus-schüttung der Zinsen erhält nur jeder zehnte Haushalt mehr zurück, als er selbst eingezahlt hat. Bei den neun anderen - und dazu gehören alle normalen Sparer und Rentner - ist das ‘wundersame Wirken’ negativ.“

Heiner Flassbeck, ehemaliger Staatssekretär im Bundesfinanzministerium unter Minister Oskar Lafontaine, hat der **Süddeutschen**

Zeitung vom 27.03.2008 ein Interview zur Fehlentwicklung an den Finanzmärkten und den Unterschieden zu früheren Krisen gegeben. Seit dem Jahr 2000 arbeitet Flassbeck bei der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) und hat den Begriff „modernen Alchemismus“ geprägt. „Menschen haben geglaubt, sie könnten die Renditen bis zum Gehtnichtmehr hochjubeln - und haben überhaupt nicht begriffen, dass diese Renditen nicht im Finanzsystem, sondern in der Realwirtschaft erzeugt werden müssen. Das Finanzsystem schafft solche Renditen nicht. Es ist eigentlich gar nicht produktiv, und es weist auch keine besonderen Produktivitätssteigerungen auf - im Gegensatz zu dem, was man uns immer erzählt.“ Flassbeck sagte außerdem auf die Frage „Wo liegt Ihrer Meinung nach der Fehler im System?“: „Die Krise ist im Kern eine Folge der Idee, die in der herrschenden ökonomischen Lehre immer noch zu 99 Prozent weltweit vertreten wird: Danach sind Finanzmärkte extrem effizient, sie machen praktische keine Fehler, sie sind weise in der Voraussicht in die Zukunft.“

FAIRCONOMY-SommerCampus 2008



Alle wirtschaftsinteressierten jungen Leute (bis 26 Jahre) sind eingeladen, um mit spannenden Referenten über das „magische Viereck“ zu diskutieren und neue Wege zu entdecken - denn wer soll die Welt verändern, wenn nicht die Generation von morgen?

Referenten: Fritz Andres, Prof. Jürgen Kremer, Prof. Dirk Lühr

Datum: 29.08.-02.09.2008

Ort: Silvio Gesell-Tagungsstätte, Wuppertal

Infos: Tanja.Rathgeber@INWO.de, Telefon: +49 721 9431437;

Programm, Anmeldeformular und Stimmen zum Camp 2007

unter <http://www.INWO.de/SommerCampus>

Bis Ende Juli anmelden und 20 Euro Rabatt sichern!

Wer für den SommerCampus werben möchte, kann dazu jetzt kostenlos Postkarten mit der Karikatur zum „Magischen Viereck“ bei der INWO bestellen: E-Mail an INWO@INWO.de, unter <http://www.INWO.de/Shop> oder telefonisch unter +49 9502 924740! Verteilt werden können sie beispielsweise an Schulen oder Universitäten, bei Veranstaltungen von attac oder ähnlichen Organisationen. Machen Sie mit!

Offenes Ohr für die INWO



Das Jugendfest „Open Ohr“ in Mainz findet seit 1975 jedes Jahr am Pfingstwochenende statt und besteht traditionell aus Gesprächsforen, Workshops, Kabarett und Livekonzerten sowie einem Zeltlager. Der Impuls kam aus der alternativen Bewegung und hat sich inzwischen zu einem Familienfest entwickelt, bei dem nahezu alle Altersgruppen vertreten sind. Jedes Jahr gibt es ein anderes politisches Leitthema. In diesem Jahr war es „Geld Gut Güter“ und bei einer Besucherzahl zwischen 5.000 und 7.000, durfte da natürlich kein INWO-Stand fehlen.

Unser Stand hatte auf der Wiese der Hauptbühne eine ideale Lage. Keiner, der auf der Hauptbühne die besten Bands erleben wollte, kam drum herum, einen Blick auf den INWO-Stand zu werfen. Unter anderem hatte auch die Antifa einen Infostand auf der Hauptwiese und ließ nicht lange auf sich warten. Es gab in zeitlichen Abständen drei Vorstöße, uns auf den Zahn zu fühlen, mit relativ plumpen Versuchen, unserem Thema Antisemitismus zu unterstellen, die aber argumentativ souverän dementiert werden konnten.

Beim Eröffnungspodium am Samstag, welches direkt neben unserem Stand statt fand, mischte ich mich unter das Publikum und versuchte den Fokus der Debatte bei der offenen Runde auf INWO-Standpunkte zu lenken. Im Podium saßen unter anderem Dr. Kai Uwe Hellmann (Marktsoziologe), der sich nur noch mit Rhetorik helfen konnte, und eine Vertreterin der Grünen, die das System mit hinkenden Vergleichen verteidigte. Das Podium machte insgesamt keine gute Figur. Und der Moderator stellte zum Abschluss noch mal heraus, dass die Systemfrage gestellt werden muss, um die angesprochenen Problemen zu lösen, und drehte sich dabei zustimmend zu unserem Stand.

Am folgenden Tag war dann Klaus Popp Podiumsteilnehmer und konnte die INWO-Sichtweisen ohne Absolutheitsanspruch einbringen, was dazu führte, dass es kaum Widerspruch in dem Podium gab und sogar Zustimmung von einem Vertreter der Linken. Aus dem Publikum kamen diesmal sogar geldsystemkritische Aussagen und Fragen von Nicht-INWO-Mitgliedern. Nach dem für uns sehr erfolgreichen Podium hatte unser Stand deutlich regeren Zulauf und konnte ein neues Mitglied werben.

Die Veranstalter waren so beeindruckt von Klaus Popp, dass sie direkt im Anschluss mit ihm besprechen wollten, ob er im nächsten Jahr auch wieder kommen möchte. Außerdem wurden noch Kontakte geknüpft mit einem Aktiven des ortsansässigen Tauschings. Natürlich wurde bei dem überwiegend jungem Publikum auch nicht versäumt, auf unseren Sommercampus aufmerksam zu machen. Nur die Bedürfnisse der ganz Kleinen konnten nicht zufrieden gestellt werden, da wir keine INWO-Luftballons hatten. Das wird im nächsten Jahr anders sein.

Als Resümee bleibt der Eindruck einer enorm erfolgreichen Aktion. Besondere Anerkennung gilt Martin Welch und Erich Lange, ohne die der Infostand gar nicht hätte stattfinden können. Die Tatsache, dass die INWO zum ersten Mal am Mainzer Jugendfest teilnahm und es in 34 Jahren Open Ohr-Geschichte das erste Mal war, dass es nicht geregnet hat und die Sonne von Freitag bis Montag alle vier Tage durch schien, kann man wohl ruhig als positives Omen sehen.

Lars Niedermeyer

Filmvorführung leicht gemacht: „Geist des Geldes“ in Schwäbisch Hall

Mein direkter Kontakt zur INWO beschränkte sich bis vor kurzem auf ein Einführungsseminar in Stuttgart. Dabei wurde mir die Dringlichkeit, die Idee der FAIRCONOMY zu verbreiten, zwar noch mehr bewusst, aber unklar war mir nach wie vor, wie ich das anfangen könnte. Mir schien es, als ob dazu vor allem begabte, extrovertierte Rhetoriker, die im Rampenlicht glänzen können, gebraucht würden.

Die nächste Regionalgruppe (in Stuttgart) ist eine Stunde Fahrt von mir entfernt. Irgendwie hatte ich die Vorstellung, dass man da in einer Runde sitzt und jeder gefragt wird: Und, wie wollen Sie sich engagieren? Ich hatte keine klare Antwort beisammen und ich dachte, dies würde von mir erwartet.

Dann stieß ich auf der INWO-Homepage auf die Helfer-Datenbank. Ich las die Möglichkeiten mit dem Gedanken durch, dass es vielleicht ja zufällig doch etwas gibt, das ich

mir vorstellen könnte zu tun. Organisator, Regionalgruppen-Gründer etc. – das konnte ich nicht richtig mit mir in Verbindung bringen. Übrig blieb „Flyer und Plakate verteilen“. Für sich genommen vermutlich wenig hilfreich, dachte ich, schickte aber trotzdem das Formular ab.

Wenig später bekam ich eine E-Mail, in der ich herzlich in der INWO-Helfer-Datenbank begrüßt wurde. Verbunden mit der Begrüßung war die Anfrage, ob ich mir nicht vorstellen könnte, einen Raum für eine Filmvorführung zu organisieren und dann Flyer und Plakate dazu zu verteilen. Den Rest, Filmvorführung, Technik und Diskussion würde die INWO, in diesem Fall Helmut Rau, machen. Ich dachte, dass ich mich an die Organisation schon würde herantasten können.

Also telefonierte ich mit der Volkshochschule, dem Kulturbüro und städtischen Einrichtungen und fragte nach Veranstaltungsräumen für 30 bis 40 Personen. Auf der Homepage

der Stadt Schwäbisch Hall gab es dazu eine Liste von Räumen mit kurzer Beschreibung, die sehr praktisch war. Es gab keinen Zeitdruck o. ä. von Seiten der INWO. Hin und wieder schickte ich eine E-Mail mit neu aufgetauchten Fragen oder einen kurzen Bericht an Helmut Rau. Ich bekam jedes Mal prompt eine Antwort mit einem netten Dankeschön für meine Bemühungen.

Schließlich hatte ich mich für einen Raum entschieden (Miete: 50 Euro pro Abend) und mit Helmut Rau einen Veranstaltungstermin ausgemacht. Die INWO beantragte offiziell den Raum. Und wir bekamen die Zusage. Wir entschieden uns, den Filmabend für 5 Euro Eintritt anzubieten, gleichzeitig aber die Flyer als Ermäßigungsgutschein von 2,50 Euro zu verteilen.

Damit ging es dann an die Werbung. Dazu machte ich einen Rundgang durch die Stadt und fragte an verschiedenen Stellen an, ob ich Flyer auslegen und Plakate aufhängen dürfe. Die Flyer und Plakate hatte ich direkt von der INWO erhalten.

In einer Rundmail schrieb ich eine Einladung an den örtlichen Tauschkreis und beschrieb die Programmpunkte, den Film und die INWO als Veranstalter. Es war ein komisches Gefühl, wenn ich in der Stadt die Plakate sah und wusste: da stecke ich dahinter... Irgendwie wurde sogar die Zeitung auf den Film aufmerksam und schrieb am Tag davor eine kostenlose kleine Anzeige. Trotzdem, wie viele Leute wohl kommen würden?

Der Veranstaltungstag war gekommen. Nachdem Helmut Rau eingetroffen war, haben wir die Technik und den Büchertisch gemeinsam aufgebaut. Der Vorführraum füllte sich nach und nach. Bis es losging, schauten sich die Leute den Büchertisch an, nahmen an der Umfrage für den neuen INWO-Aufkleber teil oder blätterten in der FAIRCONOMY. Insgesamt hatten wir dann letztendlich mit 29 Teilnehmern einen gut gefüllten Raum.

Nach einer kurzen Einführung durch Helmut Rau zeigten wir den Film. Dieser wurde als verständlich eingestuft und verschaffte einen guten Überblick über die Problematik des Geldes. Nach dem Film erklärte Helmut Rau mit einer Präsentation die Funktion des Geldes, wie es im Moment ist und wie es sein sollte. Im Laufe der Präsentation und danach durfte er noch viele auftauchende Fragen beantworten. Es war zu spüren, dass die Leute auf der Suche nach Antworten sind.

Für mich war die Organisation der Filmvorführung eine interessante Erfahrung. Es war schön, zu erleben, wie etwas Stück für Stück mehr Wirklichkeit wird, das vorher schwer vorstellbar war, weil man es noch nie versucht hat.

Katja Wahl: INWO-Mitglied aus Schwäbisch Hall, Umweltschutztechnische Assistentin im Bereich der Prozessbetreuung von Biogasanlagen

INWO-Ansprechpartner Helmut Rau ist erreichbar per E-Mail an Helmut.Rau@INWO.de oder telefonisch unter (07162) 43061. Das **kostenlose INWO-Paket** für eine Filmvorführung kann bestellt werden per E-Mail an Versand@INWO.de oder Telefon: (09502) 924740.

Neuigkeiten vom eVorstand und Ergebnisse der Mitgliederversammlung

Bei der **Februar-Telefonkonferenz (TK)** des erweiterten Vorstands (eVorstand) gab es Berichte über die geplante Überarbeitung der Internetseiten, Attac-Großveranstaltungen in 2008/2009, Planungen für INWO-Sommerfest, Aktiven- und Regionalgruppentreffen und die mögliche Geldstempelaktion der INWO. Anschließend ging es um die Teilnahme an Aktionen zum Katholischen Kirchentag 2008 und die Vorbereitung der INWO-Mitgliederversammlung (MV). Außerdem wurden Termine und organisatorische Fragen rund um Seminare und Vorträge geklärt. Es wurde eine Vorgehensweise für Kontakte und Kooperationen vereinbart, eine neue Regelung für zahlungsunfähige und nicht zahlende Mitglieder besprochen und über Anträge auf ordentliche Mitgliedschaft abgestimmt.

Bei der **März-TK** des eVorstands wurde zunächst berichtet vom Treffen mit BING und Klaus Popp zur Konfliktlösungsstrategie, zur gescheiterten Teilnahme an der Europäischen attac-Sommeruni 2008, den laufenden Fundraising-Aktivitäten, der möglichen Teilnahme am Ka-

tholikentag und zur Planung verschiedener Seminare und Tagungen. Außerdem hat der eVorstand die Vorbereitung der MV besprochen. Weitere Themen waren die ausbleibenden Fördergelder der Stiftung und verschiedene neue Materialien sowie eine Veranstaltung. Außerdem wurden zahlreiche Anträge auf ordentliche Mitgliedschaft angenommen.

Am Protokoll der **Mitgliederversammlung 2008** wird noch gearbeitet, aber ein kurzer Bericht ist bereits fertig. Damit werden der Ablauf und die Beschlüsse der MV beschrieben. Hier die Ergebnisse in Stichpunkten:

- Der Vorstand wurde für seine Arbeit im Jahr 2007 von der MV entlastet (siehe auch Jahresbericht 2007).
- Die MV hat ein Konzept zur Organisation & Bezahlung von Seminaren erarbeitet und beschlossen.
- Der Antrag auf Abwahl des Vorstandes wurde in geheimer Wahl abgelehnt.
- Jens Hakenes wurde in geheimer Wahl erneut zum zweiten Vorsitzenden gewählt.

- Die MV hat einer Bezahlung von max. zwei Vorstandsmitgliedern für Sonderprojekte außerhalb der ehrenamtlichen Vorstandstätigkeit zugestimmt.
- Die MV hat sich für einen INWO-Laden in Berlin als Projektmodell ausgesprochen und eine Arbeitsgruppe beauftragt, gemeinsam mit dem Vorstand für einen Geschäftsplan und die Finanzierung mit maximal 15.000 Euro Jahreskosten zu sorgen.
- Der Antrag zum Umgang mit politischen Parteien wurde angenommen; dementsprechend wurde der Antrag zur Unterstützung der Humanwirtschaftspartei durch die MV abgelehnt.
- Die MV hat sich mit einem Meinungsbild für eine Struktur mit erweitertem Vorstand (eVorstand) und Aktiventreffen (für Herbst geplant) ausgesprochen.
- Die MV hat sich einstimmig für die Entwicklung eines Leitbildes ausgesprochen (ohne Zeitplan).

Der Kurzbericht mit zahlreichen Details zu den Stichpunkten ist abrufbar unter <http://www.INWO.de/intern> und auch bestellbar (siehe Kontakt auf Seite 2).

Der Vorstand hat zu Beginn der **April-TK**, der ersten nach der MV, die Erweiterung des Vorstands beschlossen. Mitglieder des eVorstands sind neben dem Vorstand (mit Stimmrecht) nun Markus Fiedler, Albrecht Heimbach, Erich Lange und Jürgen Kremer (ohne Stimmrecht). Bei den Berichten ging es um das Medienwochenende in Wuppertal (18.-20.04.), die Planung für das Berliner Projektmodell INWO-Laden, die Lage nach der MV und die kritische Einschätzung des Filmes „Goldschmied Fabian“. Anschließend wurde die weitere Werbung für das Buch „Tahiti-Projekt“ und den Film „Geist des Geldes“ besprochen, die sich beide hervorragend für die INWO eignen und ergänzen. Außerdem wurde ein weiteres Kooperationsseminar verabredet sowie die Bezahlung von Vorträgen ergänzend zu den Seminaren geregelt. Der eVorstand hat die kurzfristige Wiedereinführung des Zuschusses für aktive Mitglieder beschlossen, außerdem die Fertigstellung des Standpunktes 2, verschiedene Themen für die Klausur (01.-03.08.) und einem Antrag auf ordentliche Mitgliedschaft zugestimmt.

Medienwochenende: kein Besuchermagnet, aber viele Ideen

Nur zehn Gäste konnte die INWO zu einer hochkarätig besetzten Gemeinschaftsveranstaltung mit dem Equilibrium e.V. und dem Förderverein NWO begrüßen, die aus Termingründen parallel zu den Mündener Gesprächen

stattfinden musste. Was zunächst enttäuschend war, entpuppte sich schnell als hilfreich für den Gedankenaustausch und die Entwicklung konkreter Ideen.

Besser gezielt werben!

Wer die FAIRCONOMY unterstützen will, kann zum Beispiel kostenloses Werbematerial verteilen – beispielsweise die neuen Postkarten zum „Geist des Geldes“ oder dem „Tahiti-Projekt“. Bei Verteilaktionen in den vergangenen Jahren haben wir festgestellt, dass ungezieltes Verteilen wenig bis gar keinen Erfolg hat – messbar an den regionalen Rückmeldungen, die bei der INWO per Telefon, Post und Internet eingehen. Erfolgreicher ist es, wenn Menschen angesprochen oder mit Material versorgt werden, die bereits an den Themen der INWO o. ä. interessiert sind. Die Zeit der Aktiven und das Geld der INWO sind also besser investiert, wenn entsprechende Veranstaltungen oder Einrichtungen genutzt werden: beispielsweise bei Diskussionen, Filmvorstellungen oder Treffen anderer Organisationen oder an politischen oder wirtschaftswissenschaftlichen Einrichtungen von Universitäten u. ä. Wer die INWO über entsprechende Aktionen informiert, kann den Erfolg messen lassen. Noch besser ist es natürlich, wenn man mit dem Material auf kommende INWO-Aktionen/-Treffen hinweist, damit es auf Fragen auch Antworten gibt.

Am Freitag beantwortete Filmemacher Yorick Niess Fragen rund um seinen Film populären „Der Geist des Geldes“ und erzählte von seinen Plänen für eine Dokumentation mit wissenschaftlichem Schwerpunkt. Am Samstag wurden die Zeitschrift HUMANWIRTSCHAFT (von Andreas Bangemann) und der Roman „Das Tahiti-Projekt“ (von Autor Dirk Fleck und Initiator Eric Bihl) vorgestellt. Moderiert von Jens Hakenes wurden anschließend Erfahrungen ausgetauscht und konkrete Schritte zu einer verbesserten Zusammenarbeit entwickelt, schließlich ergänzen sich die vertretenen Medien und Organisationen bestens: der Film bietet einen allgemeinverständlichen und viele Fragen aufwerfenden Einstieg, das Buch zeigt mit der Umsetzung eine konkrete Alternative auf und HUMANWIRTSCHAFT und INWO beleuchten aktuelle Anknüpfungspunkte

Noch konkreter wurde es am Sonntag, an dem gemeinsame Werbeaktionen mit Postkarten, gegenseitigen Hinweisen bei entsprechenden Veranstaltungen und einem Online-Videoangebot verabredet wurden.

Kostenlose Postkarten zum Werben für Film und Buch können online oder direkt bei der INWO bestellt werden (Kontakt siehe Seite 2).



Generalversammlung der INWO Schweiz 2008

Die Generalversammlung hat am 26. April im Zentrum Karl der Grosse in Zürich stattgefunden. Gleich zur Begrüssung eröffnete Sabine Heusser Engel mit einem Violin-solo. Pierre Güntert begrüßte die Teilnehmer herzlich und bedankte sich für ihr Erscheinen. Pierre Güntert machte darauf aufmerksam, dass der Kapitalismus zur Zeit wieder seine hässliche Seite zeigt. Die freiwirtschaftliche Idee wird weiterhin nicht wahrgenommen. Es hat in letzter Zeit jedoch einige verhaltenskritische Stimmen gegeben, unter anderem an der Generalversammlung der Nationalbank.

Jahresrechnung 2007

Die Jahresrechnung für das Jahr 2007 schliesst erfreulicherweise positiv mit einem Überschuss von Fr. 14'330 ab. Gegenüber dem Vorjahr beträgt die Zunahme mehr als Fr. 18'700. Dieses Ergebnis konnte hauptsächlich dank der Spendenaktion erwirtschaftet werden. Wie einige Teilnehmer richtig bemerkten, kann das Ergebnis nächstes Jahr wieder ganz anders aussehen, war die Spendenaktion doch eine einmalige Sache! Beim Aufwand fallen höhere Kosten bei den Vereinsanlässen, beim Werbe- und Infomaterial an, während auf der Ertragsseite nur die Einnahmen aus der Spendenaktion höher als im Vorjahr ausfallen. Nach einigen Rückfragen wurde die Jahresrechnung und auch der Revisorenbericht einstimmig angenommen.

Umstrukturierung, Demissionen und Neuwahlen

Pierre Güntert schlägt folgende Umstrukturierung vor:

- Vorstand: Präsident, Aktuar, Kassier, Projektmitarbeiter Büro / Geschäftsstelle
- Projektausschuss

Das Budget für das laufende Jahr 2008 stellt sich der Vorstand etwa folgendermassen vor:

Aufwand	Vereinsbüro	Fr.	10'000
	Mieten / Nebenkosten	Fr.	8'000
	Zeitschrift r-evolution	Fr.	7'500
	Diverses	Fr.	5'000
	Total	Fr.	30'000
Ertrag	Mitgliederbeiträge	Fr.	25'000
	Spenden	Fr.	10'000
	Total	Fr.	35'000

Die bisherigen Vorstandsmitglieder Susanne Amstätter, Sabine Heusser Engel und Albert Leibacher demissionieren, teils aus Arbeitsüberlastung, teils aus Strukturierungsgründen. Neu gewählt wird Roland Stebler für das neu geschaffene Ressort Kasse/Buchhaltung und die beiden bisherigen Vorsitzenden Pierre Güntert (Präsident) und Hansruedi Weber (neu Aktuar). Hansruedi Weber

möchte zwar lieber Projektarbeiten ausführen, aber angesichts der vereinsinternen Lage nicht auch noch zurücktreten.

Vorstellung des Leitbild-Entwurfs

Der Durchgang durch das Leitbild erfolgte für einmal nicht vom Anfang her, sondern von der Mitte aus. Die erhoffte Diskussion unter den Mitgliedern auf breiter Basis ist allerdings bis heute ausgeblieben. Aber gerade die anfangs erwähnten Krisen lassen sich nach Hansruedi Webers Überzeugung nicht alleine durch eine Umlaufsicherung und eine Bodenrente lösen. Aus diesem Grund wäre eine Vernetzung der INWO Schweiz mit anderen ähnlich denkenden Organisationen sinnvoll. Eine Diskussion über den provisorischen Leitbild-Entwurf konnte während der Generalversammlung mangels Zeit nicht geführt werden. Die Mehrheit der anwesenden Teilnehmer sprach sich aber für eine Weiterführung des Entwurfs aus.

Nach einer Übersicht über die Geschäftsaktivitäten des abgeschlossenen Jahres und einem Ausblick auf das Jahr 2008 wurden drei weitere Ehrenmitglieder gekürt. Es sind dies: Arnold Ackermann (langjähriger Redaktor der Partei-zeitung evolution), Hans Leuthold (langjähriger Präsident der LSP und der INWO Bern) und Werner Rosenberger (Streiter und Fachmann für freiwirtschaftliches Bodenrecht). Nach einer weiteren Violinpassage von Sabine Heusser Engel wurde die Generalversammlung beendet. Wer anschliessend noch Zeit hatte, konnte sich den Film über die Regionalwährung auf Bali von Bernard Lietaer ansehen.

Hansruedi Weber und Roland Stebler

INWO-Mitglieder erhalten ab sofort das Jahresabo der HUMANWIRTSCHAFT zum Sonderpreis von 24 (statt 30) Euro (inkl. Versand innerhalb Deutschlands) bzw. 50 (statt 62) CHF (inkl. Versand in die Schweiz).

Bitte direkt bestellen (auch kostenloses Probeheft) bei der Geschäftsstelle Zeitschrift HUMANWIRTSCHAFT, Strauchstr. 11, 90478 Nürnberg, Tel.: +49 (0)911 43 00 771, Fax: +49 (0)911 43 00 772, E-Mail: service@zeitschrift-humanwirtschaft.de oder unter <http://www.zeitschrift-humanwirtschaft.de>.



Nachruf an Pierre Tapernoux

Sechs Wochen vor seinem 99. Geburtstag ist Pierre David Etienne Tapernoux am 28. Dezember 2007 im Alters- und Pflegeheim „Zum Park“ in Muttenz gestorben. Fünf Freiwirtschaftler haben den Verstorbenen am 3. Januar 2008 auf dem Weg zu seiner letzten Ruhestätte begleitet und den Hinterbliebenen im Namen der freiwirtschaftlichen Bewegung und der INWO Schweiz ihr Beileid ausgesprochen. Aus dem Lebenslauf, den die beiden Töchter Marianne Kunz und Béatrice Mesbah verfasst und vorgelesen haben, entnehmen wir die folgenden Angaben.

Pierre Tapernoux wurde am 6. Februar 1909 in Barcelona geboren. Das war der Anfang eines örtlich und geistig sehr bewegten Lebens. Im Rahmen eines Umzugs der Eltern nach Frankfurt besuchte er im Alter von vier Jahren zum ersten Mal seine Grossmutter im französischen Jura, wo er auch seiner späteren Frau Evodie Bigé begegnete. Nach einem relativ kurzen Aufenthalt in Frankfurt bekam Pierres Vater eine gute Stelle in Berlin.

Dann kam die grosse Weltwirtschaftskrise und die Familie musste aus beruflichen Gründen zurück in die Schweiz. Zuerst nach Biel, wo Pierre das Gymnasium besuchte, und schon bald nach Zürich. Am 18. Januar 1937 heiratete Pierre seine Evodie Bigé aus Valentigney. Zwischen 1938 und 1946 kamen ein Sohn und drei Töchter zur Welt.

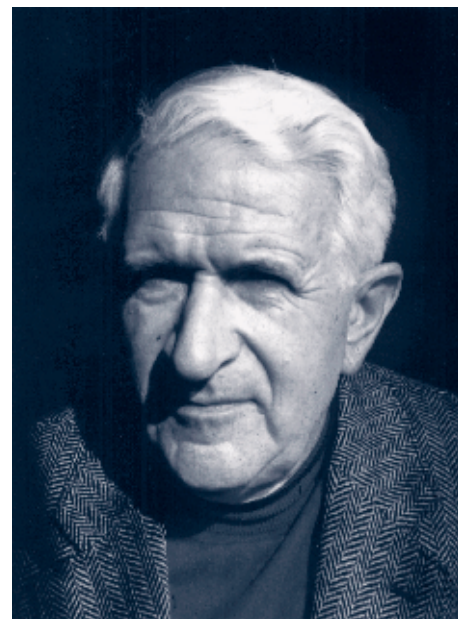
Anfangs der 50er-Jahre baute Pierre ein Haus in Gontenbach bei Langnau am Albis. Aber schon 1954 zog es ihn nach Zürich. 1962 brauchte Pierre eine Luftveränderung. Mit dem Einverständnis seiner Frau baute er ein Haus in Locarno. Weil aber der Frau das Tessiner Klima nicht behagte, zogen sie 1966 nach Sissach. Zwei Jahre später folgte der Umzug nach Muttenz in Baselland. Die vielen Stationen haben Pierre sehr geprägt. Der Krieg und die Weltwirtschaftskrise haben seine Passion für die Zusammenhänge von Wirtschaft, Politik und Geldsysteme geweckt. Schon im Alter von 29 Jahren hatte Pierre die Freiwirtschaft im Sinn von Silvio Gesell entdeckt. Diese

wurde zu seinem Leitfaden, dem er kompromisslos folgte. In Muttenz konnte er sich als Rentner voll mit dem Thema „Freiwirtschaft“ beschäftigen. Aber auch sein zweitliebstes Hobby, das Reisen pflegte er weiterhin.

In diesen Jahren dachte er intensiv über die Bodenspekulation und die damit verbundenen Bodenpreissteigerungen nach. Er gründete 1983 die Stiftung „BELCAMPO“, die als Modell dienen sollte, die Spekulation mit Grund und Boden zu verhindern. Nach Silvio Gesell wäre dies auch die Basis für ein gerechtes Geldsystem. Pierre Tapernoux hat jedoch am eigenen Leib erfahren, wie schwierig es ist, die Menschen von freiwirtschaftlichen Ideen zu überzeugen. „Ist Denken zu anstrengend?“, fragte er einmal und sagte folgendes: „Durch den Einsatz eines Regulators im Geldsystem würden die Kreditinstitute zu Kreditbeschaffern für die Wirtschaft, für die Kapitalbesitzer aber zu Bewahrern, nicht mehr zu Vermehrern von Vermögenswerten. Es lohnt sich, darüber nachzudenken!“

Der letzte und nicht freiwillige Umzug von Pierre Tapernoux erfolgte im Oktober 2004. Nach einer anstrengenden Kroatien-Reise erlitt er einen Schlaganfall, der ihn halbseitig lähmte und einen längeren Spitalaufenthalt nötig machte. Zum Glück konnte er danach sofort im Alters- und Pflegeheim „Zum Park“ in Muttenz aufgenommen werden. Dort blieb er mit einem wohlgeordneten und reichhaltigen freiwirtschaftlichen Archiv bis zuletzt im vollen Besitz seiner geistigen Fähigkeiten.

Hans Barth-Hochuli



Zusammenarbeit mit der Zeitschrift HUMANWIRTSCHAFT

Auch bei der Zeitschrift streben wir in Zukunft eine Arbeitsteilung in unserem NWO-Netzwerk an. So wie jede Organisation verschiedene Schwerpunkte hat (Partei, christlicher Verein etc.) sollen sich auch die Zeitschriften mit Blick auf die gemeinsamen Ziele ergänzen und nicht mehr überschneiden.

Die INWO unterstützt deswegen die Zeitschrift HUMANWIRTSCHAFT als eine erfolgreiche unabhängige NWO-Zeitschrift, die (auch) von der Arbeit aller NWO-Organisationen und über deren Themen berichtet. Die Zeitschrift der INWO wird ab sofort nicht mehr als Konkurrenzprodukt auftreten, sondern sich stattdessen auf ihre

Kernaufgabe, die Information der Mitglieder über Angebote und Arbeit der INWO, konzentrieren. Dementsprechend werden wir unsere Zeitschrift in den kommenden Monaten umgestalten.

Vom Ziel einer gemeinsamen Zeitschrift, bei der die INWO Deutschland und die Schweiz in Redaktion und Herausbergremium vertreten sind, nehmen wir bewusst und im Einverständnis mit der Zeitschrift HUMANWIRTSCHAFT Abstand. So können wir weiterhin kostengünstig unsere Mitglieder informieren und die HUMANWIRTSCHAFT kann von einzelnen Organisationen (wie INWO oder Partei) unabhängig bleiben.

Termine

11.-13.07.2008

Wuppertal, Silvio Gesell-Tagungsstätte
(<http://www.INWO.de/SGT>)

Sommerfest für und mit Helmut Creutz

mit Vorträgen u. a. von Prof. Margrit Kennedy, Prof. Dirk Löhner und Prof. Dr. Dr. Wolfgang Berger

Infos: Klaus.Popp@INWO.de, Telefon: +49 211 304105, <http://www.INWO.de/Termine>

15.-17.08.2008

ÖGEK e.V., Schwerbach, Dorfstr. 10a

Wirtschaftsseminar mit Bernd Senf

Infos: www.oekonom.de, info@oekonom.de, Tel.: +49 6544 9310

29.08.-02.09.2008

Wuppertal, Silvio Gesell-Tagungsstätte

FAIRCONOMY-SommerCampus 2008

Infos: siehe Seite 10

19.-21.09.2008

Wuppertal, Silvio Gesell-Tagungsstätte

FAIRCONOMY-Seminar zur Vertiefung mit Buchautor Klaus Popp

Infos: Klaus.Popp@INWO.de, Telefon: +49 211 304105, <http://www.INWO.de/Seminare>

03.-05.10.2008

Nordwalde bei Münster, Evangelische Jugendbildungsstätte (<http://www.jubi-nordwalde.de>)

Bundesarbeitstreffen der Tauschringe (BATT 2008)

Infos: E-Mail: batt08@zeittauschring.de, Fax: +49 8421 89855, Post: Norbert Maack - Schimmelleite 7 - 85072 Eichstätt, <http://www.ressourcen-tauschring.de/batt-08/>

17.-18.10.2008

Berlin, FORUM Berufsbildung, Charlottenstr. 2

Anders umgehen mit Grund und Boden

Tagung der Bewegung für soziale Dreigliederung e.V. in Zusammenarbeit mit Stiftung trias und Mietshäuser

Syndikat über Idee und Praxis neuer Eigentumsformen an Grund und Boden.

Infos und Anmeldung: www.grundlos-bodenlos.de oder Tel.: +49 30 26305202

07.-09.11.2008

Wuppertal, Silvio Gesell-Tagungsstätte

FAIRCONOMY-Seminar zur Vertiefung mit Buchautor Klaus Popp

Infos: Klaus.Popp@INWO.de, Telefon: +49 211 304105, <http://www.INWO.de/Seminare>

28.-30.11.2008

Wuppertal, Silvio Gesell-Tagungsstätte

2. Jahresfeier des Förderverein-NWO e.V.

Infos: w.schm@t-online.de, Telefon: +49 2054 81642, <http://www.foerderverein-nwo.de>

05.-07.12.2008

Wuppertal, Silvio Gesell-Tagungsstätte

FAIRCONOMY-Seminar zur Vertiefung oder Kommunikationstraining

Infos: INWO@INWO.de, Telefon: +49 9502 924740, <http://www.INWO.de/Termine>

Für mehr FAIRCONOMY-Seminare

Mit Ihrer Unterstützung will die INWO Deutschland in Zukunft im gesamten Bundesgebiet Seminare anbieten. Dazu haben wir die Möglichkeiten für Information und Buchung sowie die Organisation verbessert.

Einen Überblick über das Seminarangebot der INWO mit Kommunikationstraining, Seminaren zur Einführung in die FAIRCONOMY und Seminaren zur Vertiefung kann man sich nun

verschaffen und gleichzeitig buchen unter <http://www.INWO.de/Seminare>. Dort ist auch die Angabe von Wunschort, -termin und -themen möglich!

Wer sich für ein Seminar mit Buchautor Klaus Popp interessiert, kann sich direkt an ihn wenden: Klaus Popp, Blasiusstr. 63, 40221 Düsseldorf, Telefon: (0211) 304105, E-Mail: Klaus.Popp@INWO.de.

Weitere Orte, Termine und Themen versuchen wir wunschgemäß zu organisieren - lassen Sie uns dazu wissen, was wo wann laufen soll (Kontakt siehe Seite 2)! Wer uns dabei aktiv unterstützen möchte, kann sich auch eintragen unter <http://www.INWO.de/> Mitmacher!

Für mehr FAIRCONOMY-Vorträge

Die globale Finanzkrise, ihre immer deutlicher werdenden Auswirkungen auf die „Realwirtschaft“ und die verspäteten und wenig hilfreichen Reaktionen von staatlicher Seite zeigen ganz klar: Bildungsarbeit für echte Alternativen wie die FAIRCONOMY ist wichtiger denn je! Deswegen möchten wir mehr Vorträge dazu anbieten.

Wir freuen uns über Wünsche zu Themen, Orten und Referenten, bieten tatkräftige Unterstützung und jede Menge Anregungen. Dazu aktualisieren wir gerade wieder unsere Referentenliste, die unter anderem die vielfältigen Themen und die Bandbreite unserer kompetenten Experten aufzeigt. Inspiration und spannende neue Erkenntnisse bieten wir online unter <http://www.INWO.de/Vortrag> und mit unserer Auswahl:

- Die aktuelle Krise auf den Finanzmärkten und ihre systemische Lösung
- FAIRCONOMY – sozialer Fortschritt in einer globalisierten Welt
- Private-Equity-Investoren – Sanierer oder Ruinierer? Ein Blick hinter die Kulissen
- Geld, Rüstung und Krieg
- Marktwirtschaft ohne Kapitalismus... Sind wir bereit für die FAIRCONOMY?

Gern bemühen wir uns um eine Veranstaltung bei Ihnen vor Ort (siehe <http://www.INWO.de/Kontakt> oder Kontakt auf Seite 2) oder unterstützen Sie bei der Organisation, wenn Sie sich gleich selbst einbringen können, beispielsweise unter <http://www.INWO.de/Mitmacher!>

Neu unter

http://www.INWO.de/intern*

FAIRCONOMY-TV online

das neue Videoangebot der INWO, auch direkt erreichbar unter <http://www.INWO.de/Videos>

Zins- & Schuldenticker auf Ihrer Internetseite

eine komplette html-Seite oder ein Baustein mit den laufenden Zahlen und einem Link zu Hintergrundinformationen

alle FAIRCONOMY-Karikaturen online

auch unveröffentlichte Entwürfe von Karikaturist Eugen Kment aus Österreich

neue Fotos

von der Birkenwerder-Tagung mit CGW, der MV 2008 und dem Treffen mit der INWO Schweiz

* exklusive Inhalte für INWO-Mitglieder – Zugangsdaten erhältlich per E-Mail an INWO@INWO.de

Vom Kampf ums Dasein zu Fairness und Solidarität

Zum vorerst letzten Mal haben CGW und INWO zu einer gemeinsamen Tagung in das Karmelitenkloster in Birkenwerder eingeladen. Werner Onken sorgte für den 13. hochinteressanten Austausch der Gedanken und ihre Weiterentwicklung.

„Wenn wir eine geeignete Ordnung in der Wirtschaft haben, wo ist dann der Platz für Fairness und Solidarität in der Wirtschaft?“ Mit dieser im guten Sinne provozierenden Frage gelang Fritz Andres das Kunststück, gleich in den ersten Stunden das ganze Seminar in Frage zu stellen und gleichzeitig konstruktiv daran mitzuwirken! Zunächst hatte Werner Onken, Organisator der Tagung, mit seinem Eingangsreferat ins Thema eingeführt und die Bedeutung des Menschenbildes in der Ökonomie umrissen. Nach seinen Worten hatten die christlichen Kirchen bei Silvio Gesell wie bei vielen anderen das Vertrauen in die christliche Ethik verspielt. Die Darwinsche Lehre über die Entstehung der Arten konnte so leicht aus dem biologischen Kontext in das soziale Gefüge als „Kampf ums Dasein“ verzerrt übertragen werden.

Fritz Andres legte als zweiter Referent des Vormittags brillant dar, wie eine geeignete Ordnung des Geldsystems, die den volkswirtschaftlichen Geld-Güter-Kreislauf schließt und daher alle Einkommen stetig und zeitnah wieder zu Nachfrage werden lässt, den Wettbewerb auf den Gütermärkten verändert. Die Wahrnehmung der Bedürfnisse der Kunden wird ausschlaggebend, der Leistungswettbewerb im Unterschied zum „Behinderungswettbewerb“ wird zum einzigen Erfolgsfaktor. Andres bezeichnete dies als wichtige Ergänzung der Prinzipien der ordoliberalen Denkschule.

Abschließend stellte er kurz eine Reform der Bodenordnung mit ihren drei Ebenen – gemeinschaftliches Eigentum, private Nutzungsrechte gegen Entgelt, direkte und gleiche Rückverteilung des Entgeltaufkommens – dar und kam so zu dem Schluss: „In dieser Ordnung wird keiner verdrängt!“. Zum Schluss beantwortete er die eingangs zitierte Frage

teilweise selbst mit dem Hinweis, dass die Verwendung der Einkommen reichlich Raum für Fairness und Solidarität bietet, während die richtige Ordnung der Einkommenserzielung verhindert, dass der Wettbewerb den Egoismus „ins Kraut schießen“ lässt.

Das Thema von Norbert Rost von der Regionalwährung „Elbtaler“ war am Nachmittag der „homo oeconomicus“. Anhand vieler Beispiele aus der Spieltheorie und aus psychologischen und soziologischen Experimenten wandelte sich dieses Kunstwesen in den „homo cooperativus“. Dieses Modellbild benutzt z. B. die Strategie „tit-for-tat“, übersetzt etwa: Fange immer freundlich an und benimm dich in der nächsten Runde so wie dein Gegenüber vorher. Auch computergestützte Vergleiche verschiedener Strategien über längere Zeiten liefern Empfehlungen für Kooperation. Danach verteilte sich das Publikum in die Arbeitsgruppen „homo oeconomicus“, Sozialdarwinismus und spontan auch zur Eingangsfrage.

Leider konnte Prof. Roland Geitmann am Samstagmorgen aus gesundheitlichen Gründen nicht wie geplant vortragen. Dafür berichtete Rudolf Mehl aus der AG „Raum für Fairness und Solidarität in der Wirtschaft“. Da wir noch keine geeignete Ordnung der Wirtschaft haben, ist z. B. viel Bedarf für diese beiden Verhaltensweisen, um die aktuelle Ordnung zu ändern.

Dr. Gerhardus Lang unterstrich in seinem Vortrag „Geschwisterlichkeit als zukünftiges Leitbild des Wirtschaftens“ die Bedeutung freiheitlicher Bildung. Der Götterbote Merkur diene als Sinnbild der Vermittlung zwischen Auseinandersetzung und Zusammenfinden, eine Vermittlung, die der Mensch als Kind zuerst in der Familie, dann in der Schule lernt. Leider komme das Lernen der „Arbeit

für andere“, bei der sich das Sozialgefühl der Menschen entwickle, im heutigen Schulwesen zu kurz.

Ein Höhepunkt der Tagung war der Auftritt von Frau Prof. Clarita Müller-Plantenberg am Samstagnachmittag. Sie berichtete sehr lebendig und optimistisch von ihren Erfahrungen mit solidarischer Ökonomie in Lateinamerika. Deren Entstehung war unter anderem dem Schock der neoliberalen Wirtschaftspolitik geschuldet. Es ist eine sehr vielfältige soziale Bewegung, in der sich verschiedene indigene Bewegungen, selbst verwaltete Betriebe, aber auch die Landlosenbewegung treffen. Sie machte deutlich, dass das Wirtschaften in sozialen Bewegungen verwurzelt sein muss. Die gemeinsame Konstruktion einer nachhaltigen Zukunft erscheint dann möglich. Die Vorstellung des Buches „Prinzip Menschlichkeit“ sowie zweier Bücher zur Sozialistischen Ökonomie rundeten das Seminar ab.

Die Zukunft der Birkenwerder-Tagung ist vorerst unklar, denn das traditionelle Tagungshaus ist an den beiden nächsten Himmelfahrtswochenenden anderweitig ausgebucht. Im nächsten Jahr wird also sehr wahrscheinlich pausiert.

Alwine Schreiber-Martens

Regionalwährungen – damit die Wirtschaft wieder lebendig wird

Am 19. und 20. April fanden die 42. Mündener Gespräche statt. Diesmal ging es um den gegenwärtigen Stand und die Zukunftsperspektiven der Regionalwährungen.

Nach mittlerweile drei Besuchen bei den Mündener Gesprächen bin ich zum richtigen Fan geworden und möchte sie nicht mehr missen! Die Mündener Gespräche sind Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, jeweils an einem Wochenende im Frühjahr und im Herbst eines jeden Jahres. Seit 1986 werden sie von der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V. ausgerichtet, manchmal auch in Kooperation mit anderen Organisationen.

Früher fanden die Tagungen in Hann. Münden statt, daher der Name „Mündener Gespräche“. Nun trifft man sich schon seit einigen Jahren in der dafür bestens geeigneten Reinhardswaldschule in Fulda-Simmershausen bei Kassel, zentral in der geografischen Mitte Deutschlands gelegen.

Die Sozialwissenschaftliche Gesellschaft (SG) hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Diskussion über eine kapitalismusfreie Marktwirtschaft zu fördern und nach den Voraussetzungen einer freiheitlichen und humanen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu suchen, in der eben nicht alles vom Rentabilitätsprinzip beherrscht wird. Dabei ist es den Veranstaltern wichtig, nicht nur von Gleichgesinnten zu lernen, sondern auch herausfordernde Meinungen zu hören, um gemeinsame Suchbewegungen zu ermöglichen.

Mit der diesjährigen Frühjahrstagung zum Thema „Regionalwährungen“ ist die SG ihrem Streben wieder sehr nahe gekommen. In Kooperation mit dem Regiogeld e.V., dem Dachverband der Regiogeld-Initiativen, widmete man sich den Regionalwährungen als Modellversuche zur praktischen Erprobung eines gerechteren Geldes und zur Re-Regionalisierung einer sich immer stärker globali-

sierenden Wirtschaft. Damit knüpfte man an den Kongress zur monetären Regionalisierung an, der im Herbst 2006 an der Bauhaus-Universität in Weimar stattfand (www.monetary-regionalization.com).

„Wir machen teuer, was Ihnen lieb ist!“

Gleich bei der Begrüßung prangte vorne an der Wand ein nicht gerade dezenter Hinweis darauf, wie sehr uns die Wirtschaft heute beherrscht: der erste Vortrag von Prof. Dr. Arno Gahrman (Hochschule Bremen) – gesponsert von einer Brauerei?! Herr Gahrman, „Generalbevollmächtigter der Firma Sun Invest“, trat mit Sonnenbrille auf und versuchte, uns die Investition in seine neueste Geschäftsidee



Prof. Arno Gahrman als „Generalbevollmächtigter der Firma Sun Invest“, die das Sonnenlicht vermarkten will

schmackhaft zu machen. Dazu sahen wir erst einmal alle „schwarz“. Ein Bild seiner Powerpoint-Präsentation sollte uns den „idealen Zustand“ vor Augen führen: Wenn es überall dunkel wäre, ließe sich das Sonnenlicht super vermarkten und wir könnten alle reich werden! – Was als kabarettistischer Einstieg in sein Vortragsthema „Alles nur noch Ökonomie?“ gedacht war, brachte uns zwar zum Lachen, legte aber gleichzeitig den Finger in die Wunde: Wie weit kann die Ökonomisierung unseres Lebens noch fortschreiten?

Gahrman, Professor für Betriebswirtschaftslehre, betonte die Fragwürdigkeit dieser Entwicklung. Der entscheidende Antrieb unserer Wirtschaft sei heute die Vermögensmehrung, die Mehrung von Eigentum. Dieses Paradigma habe sich seit den frühen 1970er Jahren immer mehr durchgesetzt, u.a. durch Wissenschaftler wie Richard Posner von der Universität Chicago, die Eigentumsrechte an allem befürworteten und einer falsch verstandenen „Wohlstandsmaximierung“ das Wort redeten.

Nach diesem rein zahlenmäßigen Wachstum streben wir in der deregulierten, nur auf Kosteneffizienz bedachten heutigen Globalisierung. Gahrman konfrontierte uns mit der Frage (ohne sie wörtlich zu stellen), ob wir das so wollen – oder ob wir lebendig wirtschaften wollen.

Die Alternativen verdeutlichte er uns wieder bildhaft. Einem begradigten Fluss, durch den das Wasser immer schneller strömt und nicht mehr gebändigt werden kann, stellte er einen natürlichen Flusslauf gegenüber, mit natürlichen Widerständen für das Wasser. „Wir brauchen solche Widerstände. Wir brauchen Anker, Dämme und Häfen im Ozean der Öko-

nomie.", so das Plädoyer Prof. Gahrmanns. Dazu könnten die Regiogelder einen Beitrag leisten.

Staatliche Förderung der Regiogelder

Im zweiten Vortrag stellte Prof. Dr. Johann Walter von der FH Gelsenkirchen seinen Vorschlag staatlicher Komplementärwährungen als „drittem Weg“ zwischen Geldreform und dezentralen Regiowährungen vor.

Er sei erst vor drei Jahren im Internet auf die freiwirtschaftlichen Geldreform-Ideen gestoßen und somit noch „Newcomer“ auf dem Gebiet.

Es habe ihn erschüttert, dass es in seinem Studium keinerlei Auseinandersetzung mit der Thematik gegeben habe, obwohl er in Münster u.a. bei einem ausgewiesenen Geldexperten studiert hatte.

Walter hat sich Gedanken darüber gemacht,

ob man Alternativen zum jetzigen, mit Fehlern behafteten Geldsystem top down (von oben) oder bottom up (von unten) durchsetzen könnte, oder ob es noch eine dritte Möglichkeit gibt. Eine Geldreform à la Gesell in naher Zukunft erscheint ihm nur schwer realisierbar, daher hat er sich den Regiowährungen zugewendet.

Aber auch hier sieht er Schwierigkeiten: Wenn man eine weite Verbreitung und ein Volumen der Regiogelder anstrebt, das auf die Landeswährung zurückwirkt, dann würden die Regiogelder wohl verboten werden, wie Anfang der 1930er Jahre in Wörgl.

Um die positiven Aspekte der Sekundärwährungen auf eine höhere Bedeutungsstufe heben zu können, brauche man die Akzeptanz und Unterstützung von offizieller Seite. Daher schlägt Walter vor, die Regiowährungen als offizielle, staatliche Komplementärwährungen in Erwägung zu ziehen, um so ihre Vorzüge nutzen zu können. Die Zentralbank könnte mit ins Boot geholt werden, indem sie relative Obergrenzen für die Komplementärgeldmenge festlegen dürfte.

Nach der Mittagspause unterzog Prof. Dr. Gerhard Rösl von der FH Regensburg die Regionalwährungen einer kritischen Analyse. Rösl ist in der Regiogeldbewegung bekannt geworden, weil er sich schon mit dem Regiogeld beschäftigt hat, als er noch bei der Bundesbank arbeitete.

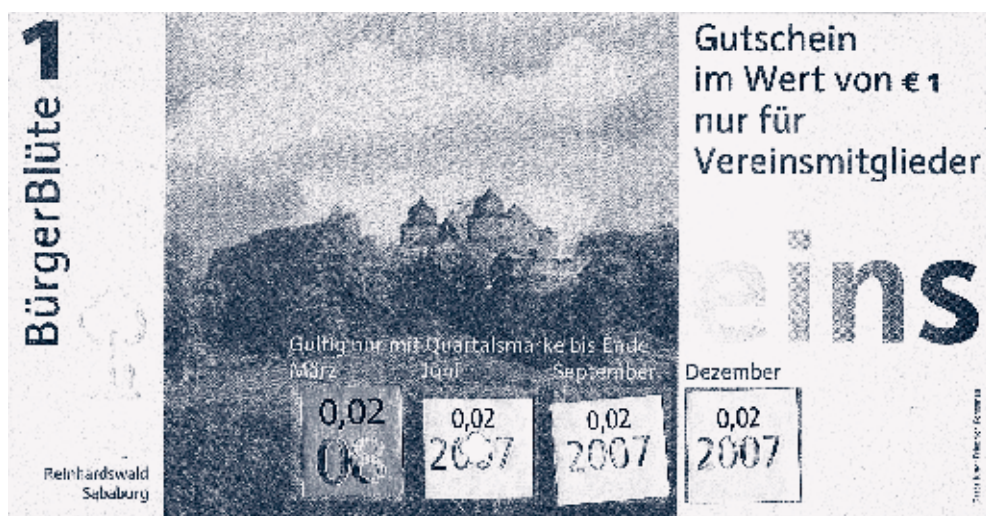
Rösl machte deutlich, dass er die Regiowährungen tatsächlich als Geld betrachtet. Es seien eben keine Gutscheine, wie oft behauptet, denn Gutscheine könne man nicht an Dritte weitergeben. Auch Tauschringe und Barterclubs würden Geld schaffen, obwohl sie behaupteten, lediglich zu verrechnen. Die

zusätzlichen Zahlungsmittel in Umlauf kämen (was von Fachleuten wie Hugo Godschalk allerdings anders gesehen wird). Immerhin war Rösl bereit zuzugestehen, dass die Regiogelder ein Gegengewicht zur Globalisierung darstellen und den sozialen Zusammenhang in der Region stärken könnten – aber dazu könne man prinzipiell auch den Euro verwenden, meint Rösl.

Wachstum löst die Probleme nicht, es schafft sie!

Meine größte Zustimmung fand das dann folgende Referat von Dr. Niko Paech, der

am Institut für Betriebswirtschaftslehre der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg tätig ist. Paech stellt sich mutig der herrschenden Wachstumsideologie entgegen und weist nach, dass eine Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch gesamtökonomisch auf längere Sicht un-



Tauschring-Einheiten seien Privatgeld, da die beim Tauschring registrierten Forderungen im Prinzip gleichbedeutend mit einer Einlage auf dem Girokonto seien.

Diese Arten von Geld seien jedoch gegenüber der staatlichen Währung nur „suboptimal“. Dass die Tauschringe nicht wegen ihrer Ineffizienz längst eingegangen sind, liegt laut Rösl daran, dass sie die Möglichkeit sozialer Interaktion bieten.

Welche ist die suboptimale Währung?

Und die Regiogelder mit ihrer Umlaufsicherung sind in Rösls Augen erst recht „suboptimal“. Die Umlaufsicherung mache das Geld unnötig schlecht, stabiles Geld würde immer bevorzugt werden. – Die viel gefährlicheren Instabilitäten des nicht umlaufgesicherten Geldes blendete er völlig aus seiner Betrachtung aus. Funktioniert denn das normale Geld etwa optimal?!

Für Rösl macht es gar keinen Sinn, dass Euro in Regiowährung getauscht wird, da so keine

realistisch ist. Die Rede vom qualitativen Wachstum ist größtenteils Augenwischerei. Der Dienstleistungsbereich verschlingt auch Ressourcen. Schmutzige Wertschöpfungsbestandteile werden einfach in andere Länder verlagert und Chinas Wirtschaft zum Beispiel wächst so stark, wie die Umweltschäden dort zunehmen.

„Wie wenige trauen sich, dies auszusprechen: Wachstum löst die Probleme nicht, es schafft sie! Wachstum erzeugt die Notwendigkeit weiteren Wachstums, ohne die Ungleichheit zu verringern.“

Wachstum macht ab einem bestimmten Niveau nicht mehr glücklich. Paechs Befund für die letzten 50 Jahre: Es gab ein einzigartiges Wirtschaftswachstum, aber keine Zunahme der Lebenszufriedenheit.

Daher geht es ihm um die Schaffung einer „Post-Wachstumsökonomie“, die auf Suffizienz beruht. Gemeint ist damit eine Lebens- und Wirtschaftsweise, die dem Überverbrauch von Gütern und damit von Stoffen und Energie ein Ende setzt. Was wir dazu dringend brau-

chen, sind Institutionen, die uns helfen, den Übergang in eine solche Wirtschaft zu gestalten. Hier können Regionalwährungen eine wichtige Aufgabe übernehmen.

Die Vorträge regten spannende Fragen und Gespräche an, so dass wir TeilnehmerInnen auch in den Pausen noch munter weiterdiskutierten. Und auch am Abend waren wir nicht zu müde, die beiden angebotenen Workshops zu besuchen. In dem einen befasste man sich mit der Bedeutung der Umlaufsicherungsgebühr für die Regios, im anderen stellten sich drei Initiativen vor: die „Bürgerblüte“ aus Kassel, die „Augusta“ aus Göttingen und die „Kirschblüte“ aus Witzenhausen.

Regiogelder bewusst nutzen

Am Sonntagmorgen versuchte Prof. Dr. em. Harald Spehl von der Universität Trier eine Antwort darauf zu geben, welchen Beitrag die Regiogelder zur Regionalentwicklung leisten können.

Regionalentwicklung wird – was durchaus fragwürdig ist – in der Zunahme des Bruttoinlandsprodukts pro Einwohner der Region gemessen. Als Mittel hierzu wird bisher meist der Export angekurbelt, weil dadurch Geld in die Region kommt. In Zukunft könnte man jedoch alternativ das Augenmerk mehr auf die Stärkung der Wertschöpfung in der Region legen und die Importquote senken.

Bisher wird Regiogeld nur in kleinen Mengen emittiert, deswegen kann seine Wirkung nicht besonders groß werden. Wenn man allerdings das Regiogeld gezielt dazu einsetzen würde, die Vernetzung in der Region zu fördern und Wertschöpfungsketten in der Region zu bilden, könnte die Wirkung sehr positiv sein. Das ist für Spehl jedoch kein Automatismus.

Neben einem funktionierenden Zahlungsmittel sei es ebenso wichtig, den vermachteten Märkten wirtschaftliche Assoziationen entgegenzusetzen, in denen sich Produzenten und Verbraucher regelmäßig darüber austauschen,

etwas enttäuschend. Wir haben viel Anregendes von den Referenten gehört, zum Schluss blieb jedoch der Eindruck, dass sie sich mit dem Wirkmechanismus des Geldsystems eigentlich noch nicht eingehend befasst hatten und diesen unterschätzen.

Vermachtete Strukturen, Monopole, Eigentum an Produktionsmitteln und Boden, Renditestreben, Aktienhandel und Spekulation, all diese Problemfelder, die uns heute beschäftigen, werden gesehen – aber dass die Funktionsweise des Geldsystems diese Entwicklungen entscheidend mitverursacht hat, das hat man sich noch nicht genügend klar gemacht.

Beate Bocking



Das Abschlussplenum mit (v.l.n.r.) Prof. Johann Walter, Prof. Dirk Löhr, Prof. Arno Gahrman und Prof. em. Harald Spehl.

Spehl, Volkswirt mit dem Schwerpunkt Stadt- und Regionalökonomie, ist der Anthroposophie verbunden und gehört – neben Udo Herrmannstorfer und Christoph Strawe – dem Vorstand des Instituts für soziale Gegenwartsfragen e.V. in Stuttgart an, das die Zeitschrift „Sozialimpulse“ herausgibt.

Es sei wichtig für die Regiogelder zu klären, wie ihr Währungsraum optimalerweise aussehen, wie groß er sein und welche Funktionen er erfüllen sollte. Die Regionen würden bisher hauptsächlich von den Determinanten Konjunktur, Geld- und Finanzmärkte, technische Entwicklung, Wirtschafts- und Bildungspolitik beeinflusst. Die Regiogelder spielten noch keine große Rolle, was sich aber vielleicht ändern könnte.

was wie produziert werden soll und welcher faire Preis dafür zu zahlen ist. Dazu passt das Regiogeld gut, meint Spehl – vorausgesetzt, es wird bewusst eingesetzt!

Absolut wichtig fand ich noch Spehls Hinweis gegen Ende, dass die Regiogelder mit öffentlichen Akteuren kooperieren müssten und auch mit Banken und Sparkassen, um vom reinen Gutscheinsystem mit seiner begrenzten Wirkung wegzukommen und in Zukunft durch elektronische Zahlungssysteme auch Spar- und Kreditfunktionen erfüllen zu können.

Geld wird immer noch unterschätzt

Die abschließende Podiumsdiskussion war für mich zwar auch interessant, aber doch auch



Mathias Weis,
Heiko Spitzack (Hrsg.):
Der Geldkomplex. Kritische Reflexion unseres Geldsystems und mögliche Zukunftsszenarien.
St. Galler Beiträge zur Wirtschaftsethik, Band 41,
Haupt 2008, 270 Seiten,
28 Euro, 44 SFr.,
ISBN 978-3-258-07314-9
(versandkostenfrei bei der INWO erhältlich)

Das Buch mit dem INWO-Hauptthema Geld, geschrieben von 14 Autoren, wurde angestossen durch die oikos-Konferenz 2006 „Die Zukunft des Geldes – In Zukunft investieren“. oikos ist eine 1987 an der Universität St. Gallen gegründete und inzwischen international verbreitete studentische Organisation für nachhaltiges Wirtschaften und Management (im Internet unter <http://stgallen.oikos-international.org>). Die Herausgeber Mathias Weis und Heiko Spitzack erstellen am Schluss eine Art Diagnose des heutigen Geld- und Wirtschaftssystems. In Kürze:

Ziellos dreht sich das System nur noch um sich selbst, blind für die eigentlichen Probleme der Menschen. Seine Symptome sind:
Wachstumsimperativ: Aus der Systemstruktur erwächst eine krankhafte Wachstumsmanie, welche längst die ganze Gesell-

schaft befallen hat.

Realitätsverlust: Unfähigkeit, praktische Probleme zu lösen, zunehmende Ungleichgewichte zwischen Güter- und Kapitalströmen, FinanzspekulantInnen gehen immer wieder verantwortungslos enorme Risiken ein, siehe „Subprime-Krise“.

Konzentrationsprozesse: Das global mobile Finanzkapital strömt dorthin, wo es am besten rentiert. Es bilden sich Wachstumszentren, den Regionen wird dadurch oft die Wettbewerbsfähigkeit entzogen.

Das Buch ist aufgeteilt in 4 Themenblöcke:

I. Schwächen und Gefahren des gegenwärtigen Geld- und Wirtschaftssystems

Auf historischen Pfaden zum goldgierigen König Midas und zurück gelangt Hans-Christoph Binswanger zur Erkenntnis, dass die heutige Wirtschaft kein Kreislauf mehr ist, sondern eine Spirale wachsender Leistungs- und Geldströme, angetrieben von den Rentabilitätsansprüchen des Kapitals.

Die beiden Herausgeber hinterfragen und klagen an, und das System kommt nicht gut weg. Etwa das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als rein ökonomischer Wohlstandsmassstab ist absurd: So ist z.B. Chinas Wachstum (des BIP) 10-12%, aber die Umweltschäden liegen bei 8-13% des BIP. Genau betrachtet, wächst die chinesische Wirtschaft also gar nicht. Es braucht dringend mehrdimensionale Wohlstandsindikatoren. Die berechtigte Kritik des Geldwesens folgt in etwa den Gedanken Gesells. Auch erfreulich ist die Forderung nach Offenheit für Experimente. In einem ausgezeichneten Aufsatz zeigt Elisabeth Allgoewer die enge Verflechtung zwischen Wirtschaftsgeschichte, Theorie-

geschichte und den Institutionen. Das wird beispielhaft dargestellt an der „Grossen Depression“ anfangs der 1930er Jahre, die bekanntlich durch das Festhalten an der Institution Goldwährung unverantwortlich verlängert wurde, insbesondere auch in der Schweiz.

Prabhu Gupta (Direktor am Wolfsberg Zentrum der UBS) stellt systematisch „Die Folgen eines auf Zins beruhenden Weltwirtschaftssystems“ dar, offenbar angeregt durch die uns wohl bekannte Margrit Kennedy (bzw. durch die englische Version ihres Buches). Da zeichnet sich Erfreuliches ab: Das UBS-Topmanagement wird demnächst der INWO beitreten!

3.000 Jahre religiös begründete Zinskritik: Juden, Christen und Muslime waren bzw. sind zum Teil noch immer gegen Zinsen, von Roland Geitmann thematisiert.

II. Mögliche Lösungsansätze

Unter dem Titel „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ beschreibt Werner Onken, Chefredaktor der Zeitschrift für Sozialökonomie und Herausgeber der Gesamtmelten Werke in 18 Bänden von Silvio Gesell, in fabelhafter Weise die Boden- und Geldreform, ihre ideengeschichtliche Herkunft und ihren derzeitigen Entwicklungsstand. Letzterer beinhaltet auch Öffnung für ökologische Steuersysteme, Regionalgeld, usw. Im Hinblick auf die Geldreform werde auch diskutiert, dass die Finanzspekulation vermutlich eine bedeutendere Form der Geldhortung sei als die klassische. Die Verbindung mit der Tobinsteuer würde hier Entlastungen bringen. Bernard Lietaer beschreibt das Konzept einer Welt-Komplementärwährung „Terra“, die gedeckt wäre durch die zwölf Güter eines Warenkorbes. Eine praktische Umsetzung dürfte noch ziemlich

viel Zeit und politische Energie beanspruchen.

Den grössten (nutzlosesten und schädlichsten) Markt der Welt nimmt sich Peter Wahl vor: den Devisenmarkt. 80% des Tagesumsatzes von etwa 2.000 Milliarden US-\$ sind reine Geldmostereien, die immer wieder Währungen ins Trudeln bringen. Solches Tun muss man stören, ihm Sand ins Getriebe streuen, mit der Tobinsteuer. Wahl beschreibt, wie sie funktioniert, auch die sog. zweistufige, und wie alles einfach umzusetzen sein wird. NB: Die aktuelle Finanzmarktkrise wird hoffentlich die Politiker anregen, diese Transaktionssteuer rasch einzuführen, zuerst in der EU, dann weltweit.

III. Förderung der Regionalentwicklung

Christian Gelleri zeigt am Erfolgsbeispiel des Chiemgautals, wie Regiogeld funktioniert und wie damit lokale Kreisläufe wieder belebt werden können. Die Produktion soll so wieder näher zu den Menschen kommen, was die Transportwege verkürzt. Noch sind die Umsätze bescheiden, aber es sind ökonomische Experimente, die längerfristig ordnungspolitisch von Bedeutung sein können.

Gernot Schmidt untersucht die sich negativ verändernde Rolle der Regionalbanken. In Deutschland sind das die ursprünglich genossenschaftlichen Volksbanken und die Sparkassen, die früher das prioritäre Ziel verfolgten, die Region mit günstigen Finanzdienstleistungen zu versorgen, heute aber wie die Grossen nur dem Gewinn nachrennen. Eine Re-Regionalisierung ist eine ordnungspolitisch dringende Forderung an die Politik.

Hugo Godschalk behandelt das volkswirtschaftliche Potenzial der Regiogeldbewegung. Wie beim

Buchvorstellung



Chiemgauer bereits jetzt der Fall, müsste vermehrt auch Giralgeld ausgegeben werden, z.B. als Bankgeschäft, aber unabhängig von der Zentralbank. Wichtig sind wohlüberlegte Experimente mit Qualitätsdienstleistungen. B. Lietaer berichtet über die ca. 600 Komplementärwährungssysteme in Japan, von ihrer Vielfalt und den zahlreichen Publikationen darüber.

IV. Auf dem Weg zu einem lebensdienlichen Wirtschafts- und Geldsystem

In einem Interview mit Falk Zientz von der GLS-Bank (mit Hauptsitz in Bochum) aus der ethisch-ökologischen Investment-Branche wird eindrücklich dargestellt, wie eine nicht profitorientierte und genossenschaftlich organisierte Bank gesellschaftlich einiges bewegen kann. Methoden, Projekte und Kompetenzen sind vielfältig: Da gibt es z.B. einen Förderkreis eines Behindertenheimes ohne Eigenkapital. Das wird erstellt durch eine Gemeinschaftsfinanzierung (jeder spart 40 Euro/Monat) plus Kredit – und das Projekt läuft.

Auch ein Mikrofinanzsektor wird aufgebaut (gemäss Modell Mohammed Yunus in Bangladesch). Oder: In Freiburg sollen stadteigene Wohnungen in ein genossenschaftliches Modell eingebracht werden, mit Beteiligung der Mieter, u.a. um der Privatisierung entgegenzuwirken und die Stadtplanung zu verbessern. Gerhard Rösl gibt noch einen kurzen Überblick über die Regiowährungen im deutschsprachigen Raum und gibt dann eine etwas diffuse Kritik an der Gesell'schen Geldreform, in einem eher neoklassisch zu nennenden Tonfall. Vermutlich hat er den oben genannten Aufsatz von Werner Onken nicht sehr gründlich gelesen.

Im Schlusskapitel „Ausblicke

und Handlungsansätze“ werden nach der eingangs erwähnten Diagnose von den Herausgebern die Gebirge von Schwierigkeiten angedeutet, die bei der notwendigen Neugestaltung des Wirtschafts- und Geldsystems zu überwinden sind. Es ist ein Buch von und für experimentierfreudige Agenten des Wandels.

Walter Meier-Solfrian



Sven Rudolph (Hrsg.): **Wachstum, Wachstum über alles? Ein ökonomisches Leitbild auf dem Prüfstand von Umwelt und Gerechtigkeit.** Ökologie und Wirtschaftsforschung, Band 71, Metropolis-Verlag, 225 Seiten, 19.80 Euro, ISBN 978-3-89518-621-9

In der Evangelischen Akademie Bad Boll fand im November 2006 eine Tagung mit den BUNDE-Arbeitskreisen Wirtschaft und Finanzen sowie Internationale Umweltpolitik statt. Der von Sven Rudolph herausgegebene Sammelband beinhaltet die zehn Tagungsbeiträge. Bereits der Untertitel „Ein ökonomisches Leitbild auf dem Prüfstand von Umwelt und Gerechtigkeit“ lässt die Richtung der Kritik aufschei-

nen. So befassen sich fast alle Beiträge mit der Schwierigkeit, die von Wirtschaft und Politik geforderte Wachstumssteigerung zu zähmen.

Rudi Kurz fordert, das Wachstumsparadigma durch das Paradigma „Nachhaltige Entwicklung“ zu ersetzen. Dies könnte durch die Entkoppelung von Wachstum und Ressourcenverbrauch durch eine Effizienzrevolution gelingen. Doch letztendlich bleibt der Autor hinsichtlich der Durchsetzungsfähigkeit skeptisch.

Auch Sören Steger und Raimund Bleischwitz propagieren die „Entkoppelung der Ressourcennutzung vom Wachstum“. Nach ihren Untersuchungen ist dies in Europa bereits teilweise gelungen. Die weitere Entwicklung zu nachhaltigem Wachstum wird aber besonders im Hinblick auf Osteuropa mit Sorge gesehen. Ralf Döring beklagt den Biodiversitätsverlust durch Umweltverbrauch als Folge von Wirtschaftswachstum. Durch ordnungs- bzw. subventionspolitische Maßnahmen könnte seiner Meinung nach aber eine Abkoppelung des Arten- und Biotopverlusts vom Wachstum zumindest in Deutschland erreicht werden.

Bei Hans Diefenbacher – könnte man meinen – sei Wirtschaftswachstum an sich kein Problem, nur die Methode seiner Berechnung: Er sieht es nämlich hauptsächlich als „Statistikphantom“ innerhalb der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und schlägt andere Berechnungsmodelle vor, die Umwelt- und Nachhaltigkeitsindikatoren mit einbeziehen. Stichworte: Qualitatives statt quantitatives Wachstum, Ökosozialprodukt, ISEW (auf privatem Verbrauch basierend). Claudia Kemfert erhofft sich Fortschritte auf dem Weg zu nachhaltigem Wirtschaften durch den

Ausbau erneuerbarer Energien und sieht Deutschland in seinen politischen Weichenstellungen bereits teilweise auf dem richtigen Weg. Einzig Eugen Spitznagel bringt eine etwas andere Sicht in die Debatte. Er sucht nach den Gründen für steigende Arbeitslosigkeit und findet sie nicht etwa in Produktionsfortschritt und neoliberaler Globalisierung, wie üblich, sondern ganz einfach in zu schwachem Wirtschaftswachstum.

In seinem umfangreichen und tiefgehenden Beitrag untersucht Joachim Spangenberg die Strategien der drei verschiedenen Ländergruppen in der Weltwirtschaft: die Wohlstandsländer, die Schwellenländer und die ärmsten Länder. Schwerpunkte sind für ihn der friedliche Ausgleich zwischen den Nationen, damit der Ressourcenverbrauch nicht mehr wächst, sowie sozialer Ausgleich durch neue Verteilungsinstitutionen. Damit (u.a.) könnte die globale sozial-ökologische Krise verhindert werden.

Gemeinsam ist allen Autoren, dass die Problematik des ständigen Wirtschaftswachstums in einer begrenzten Welt zwar gesehen, aber nicht grundsätzlich in Frage gestellt wird. Man sucht nur nach umweltverträglichen Aus- und Umwegen und macht Vorschläge für eine bessere Natur- und Sozialverträglichkeit. Bedauerlicherweise werden die zu Grunde liegenden Ursachen, die nach meiner Meinung im monetären Bereich zu suchen sind, überhaupt nicht thematisiert. Der Wunsch nach umweltverträglichen, ressourcenschonenden und gerechten Wirtschaftsformen muss so lange ein Wunschtraum bleiben, wie der Faktor Geldsystem nicht in die Überlegungen mit einbezogen wird.

Gudrun Müller

Informieren, bestellen, Mitglied werden!

Name

Straße & Hausnummer

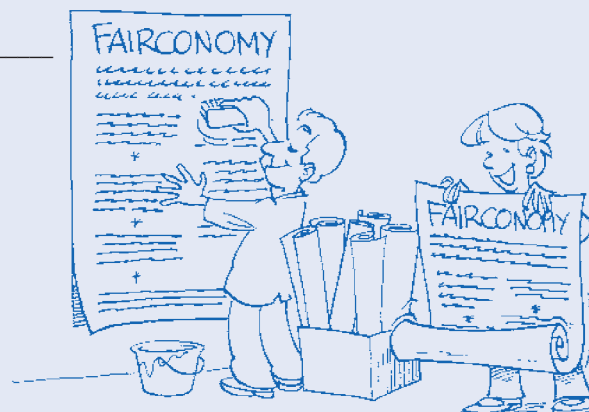
Postleitzahl & Ort

Telefon & E-Mail-Adresse

Per Fax an: (095 02) 92 48 10 oder per Post an:

**INWO Versand
Sambach 180**

96178 Pommersfelden



Ich möchte förderndes Mitglied der INWO e.V. werden!

Der reguläre Beitrag beträgt monatlich 4 € und beinhaltet das Abo der Zeitschrift „FAIRCONOMY“.

- ☐ Ich zahle monatlich 2 € (ermäßigt nach Selbsteinschätzung).
- ☐ Ich zahle monatlich 1 € (Bezug der Zeitschrift „FAIRCONOMY“ unter Vorbehalt).
- ☐ Ich spende einen zusätzlichen Betrag von monatlich _____ €.
- ☐ Ich spende zusätzlich einmalig _____ €.

Eine Bescheinigung wird für Zuwendungen ab jährlich 200 € ausgestellt. Darunter gilt der Kontoauszug als Beleg.

- ☐ Ich bestelle ein Jahresabo der FAIRCONOMY für 10 € Versandkostenpauschale.
- ☐ Ich möchte ein kostenloses und unverbindliches Probeabo der Zeitschrift FAIRCONOMY.

- ☐ Bitte schicken Sie mir 10 kostenlose Exemplare der FAIRCONOMY Nr. 1 zum Verteilen für nur 1.50 € Versandkosten.
- ☐ Bitte senden Sie mir kostenloses Infomaterial über die INWO.
- ☐ Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Verteiler auf.

Ich bestelle folgende Materialien der INWO / Platz für Anmerkungen:

_____	_____
_____	_____
_____	_____

ggf. Artikelbezeichnung

ggf. Anzahl

Kosten für Verpackung und Versand: bis 10 € Bestellwert 1.50 € / ab 10 € Bestellwert frei – angegebenen Kosten für Verpackung und Versand gelten ausschließlich für Lieferanschriften in Deutschland.

Ort, Datum

Unterschrift

Ihre Daten werden elektronisch erfasst, damit wir Spendenquittungen, Rechnungen etc. ausstellen und Kontakt zu Ihnen halten können. Ihre Daten werden ausschließlich von uns oder durch unsere Beauftragten für vereinsbezogene Informations- und Werbezwecke genutzt. Wir geben keine Daten an Dritte weiter! Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO Versand, Sambach 180, 96178 Pommersfelden.

Hiermit ermächtige ich die Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., bis auf Widerruf meinen jährlichen Mitgliedsbeitrag (ab Beitrittsmonat bis Jahresende, danach jeweils im Januar für das gesamte Jahr) und die zusätzliche Spende (ggf. streichen) von meinem

Konto Nr.: _____ BLZ: _____

bei der _____

mittels Lastschrift abbuchen zu lassen. Wenn oben genanntes Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der kontoführenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort, Datum

Unterschrift

Film-DVD:

Der große Ausverkauf



Anhand vier konkreter Beispiele aus aller Welt beschreibt Filmemacher Florian Opitz die Folgen der zunehmenden Privatisierung. Laut Süddeutscher Zeitung mit erschütternder, warnender, aufklärerischer Kraft - eine der Dokumentationen, „die man sehen muss“!

Spieldauer 95 Min. (plus Bonusmaterial), PAL, Dolby Digital Stereo, Englisch mit deutschen Untertiteln, Arthaus/Deutschland 2006, 15.80 €

Hörbuch von Helmut Creutz:

Die 29 Irrtümer rund ums Geld

Wir werden in Sachen Geld leider als Analphabeten aus der Schule entlassen. Und selbst im „richtigen Leben“ ist das Thema Geld für viele ein blinder Fleck. Aber was ist das eigentlich, dieses „Geld“? Unser allgemeines Wissen über Geld ist immer noch mit grundsätzlichen Fehlvorstellungen, Vorurteilen und Irrtümern behaftet, von denen die wichtigsten in diesem Hörbuch behandelt werden.



8 Audio-CDs + 1 Bonus-CD im MP3-Format + 64-seitiges Booklet mit ausführlichen Grafiken und Tabellen, Laufzeit ca. 9:15 Std., Technisat RADIOROPA Hörbuch 2006, 19.90 €

Jürgen Probst:

Perspektiven fließenden Geldes – ein Spaziergang durch unser Währungssystem



Sehr gut lesbar stellt Jürgen Probst unser problematisches Währungssystem und Lösungsperspektiven vor. Mit erfrischender Leichtigkeit hat sich der selbständige Handwerker und Unternehmer dieses anspruchsvollen und bedeutungsvollen Themas vorgenommen. Dabei weist der Autor deutlich darauf hin, dass er nur ein Appetithäppchen liefern kann. Der wirkliche Hunger wird durch die weitere Beschäftigung

mit diesem wichtigen Thema gestillt. Und genau dazu regt diese kostengünstige INWO-Broschüre an.

INWO 2006, 72 Seiten, 3.50 €

FAIRTRADE-Bio-T-Shirt, auch in XXL



Der Hingucker aus kontrolliert biologisch angebauter und fair gehandelter Baumwolle. Innerhalb der Produktionskette verpflichten sich alle Hersteller in Form einer Absichtserklärung soziale Standards einzuhalten. Beidseitig bedruckt: vorne mit „70% WOLLE / 30% ZINS“, hinten mit „www.INWO.de“. Die T-Shirts sind in den Farben Dunkelblau und Schwarz und den Größen S, M, L sowie XL erhältlich. Weitere Farben, Größen, Schnitte und Stoffarten sind ab 8 Euro zu haben. 12.50 €

Sylvia Führer:

Die Münze Nuria



Dieser einzigartige Märchenroman für Menschen ab 8 Jahre vermittelt aus einer völlig neuen Perspektive den spannenden und verantwortungsvollen Umgang mit Geld. Spielerisch werden die Leser mit der Funktion des Tauschmittels vertraut gemacht. Zahlreiche farbenfrohe Illustrationen von Fabienne Rieger machen die Erzählung zu einem anregenden Familienvergnügen.

Froh & Frei Verlag 2007, 111 Seiten, 14.90 €

Film-DVD:

Der Geist des Geldes



Filmemacher Yorick Niess hat eine aufrüttelnde Dokumentation über die Erfindung Geld und ihre Folgen für die Menschheit gedreht. Über ein Jahr lang hat er das Geld erforscht und aktuelle Trends gesammelt. 3000 Jahre Geschichte im Zeitraffer, namhafte Experten und faktenreiche Kritik an den Auswirkungen werfen zahlreiche spannende Fragen auf und zeigen, dass Geld mehr ist, als es zu sein scheint.

Spieldauer 85 Min., Bonusmaterial 40 Min., PAL, Dolby Stereo, Deutsch/Englisch, Walter Entertainment, Deutschland 2007, ~~15 €~~ **neuer Preis 13 €** (INWO-Mitglieder: 10 €)

**Weitere Angebote finden Sie unter <http://www.INWO.de/Shop>.
Versandkostenfreie Lieferung in Deutschland ab nur 10 Euro Bestellwert!**